

THE ATTACK NOAM CHOMSKY

> HINTERGRÜNDE UND FOLGEN



EUROPA
VERLAG

Noam Chomsky
The Attack

EUROPA
VERLAG

Aus dem Amerikanischen von Michael Haupt

NOAM CHOMSKY

THE ATTACK

HINTERGRÜNDE UND FOLGEN

Europa Verlag
Hamburg • Wien

Ich möchte David Peterson und Shifra Stern für ihre unschätzbare Hilfe bei der Nachforschung in den Medien danken.

Noam Chomsky

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titelsatz für diese Publikation ist bei
Der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Die Originalausgabe »9-11« wurde 2001 als Interviewband bei
Seven Stories Press, New York, veröffentlicht. © 2001 by Noam
Chomsky

Deutsche Erstausgabe
© Europa Verlag GmbH Hamburg, Januar 2002
Lektorat: Aenne Glienke
Umschlaggestaltung: Kathrin Steigerwald, Hamburg
Foto: dpa
Innengestaltung: H & G Herstellung, Hamburg
Druck und Bindung: Clausen & Bosse, Leck
ISBN 3-203-76013-4

Informationen über unser Programm erhalten Sie beim Europa
Verlag, Neuer Wall 10, 20354 Hamburg oder unter
www.europaverlag.de

Inhalt

I. Der Angriff und seine Ursachen 7

II. Ideologische Begleitmusik 19

III. Staatsverbrechen 27

IV. Usama Bin Ladin und die USA 41

V. Terrorismus und Zivilisation 53

VI. Der Angriff und seine Folgen 67

Anhang 83

Literaturempfehlungen 90 Zum

Autor 91

I. Der Angriff und seine Ursachen

Die Veränderung der geopolitischen Lage

Die schrecklichen Ereignisse vom 11. September besitzen zweifellos eine neue Qualität, die nicht in ihrem Umfang oder ihrem Charakter besteht, sondern im Ziel der Angriffe. Seit 1812 haben die Vereinigten Staaten keinen Angriff auf ihr Territorium mehr erlebt; es wurde noch nicht einmal bedroht.

Viele Kommentatoren fühlten sich an Pearl Harbor erinnert, aber diese Analogie ist irreführend. Am 7. Dezember 1941 wurden Militärstützpunkte in zwei US-Kolonien angegriffen, nicht jedoch das Heimatland selbst. Den USA galt Hawaii als heimatliches Territorium, tatsächlich aber war es eine Kolonie. Während der letzten zweihundert Jahre haben die USA die eingeborene Bevölkerung Nordamerikas (Millionen von Menschen) vernichtet, halb Mexiko erobert (de facto das Territorium der dort lebenden Völker, aber das ist eine andere Sache), Hawaii und die Philippinen besetzt (und dabei Hunderttausende von Filipinos getötet) und nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Form der Gewaltanwendung auf fast alle Regionen der Erde ausgedehnt. Das hat enorme Opfer gekostet, aber nun sind die Kanonen zum ersten Mal herumgedreht worden. Das ist eine dramatische Veränderung.

Das gleiche gilt für Europa, das allerdings im Unterschied zu den USA durch interkontinentale Kriege an den

Rand der Zerstörung getrieben wurde. Die europäischen Mächte hat das jedoch nicht davon abgehalten, die Welt mit brutaler Gewalt zu erobern, ohne Gegenschläge ihrer Opfer befürchten zu müssen: England wurde nicht von Indien, Belgien nicht vom Kongo, Italien nicht von Äthiopien, Frankreich nicht von Algerien angegriffen (auch Algerien galt in Frankreich nicht als »Kolonie«). Kein Wunder, daß Europa den 11. September als ebensolchen Schock erfuhr wie die Vereinigten Staaten.

Was das genau zu bedeuten hat, ist noch ungewiß. Aber daß es etwas Neues ist, liegt auf der Hand.

Wo liegen die Ursachen?

Welche Gruppe hinter dem Angriff steckt und was sie dadurch erreichen will, ist umstritten, aber unzweifelhaft liegt ihr Nährboden in der Verbitterung und dem Zorn, den viele Menschen angesichts der US-amerikanischen Politik in der arabischen Region empfinden, wobei auch die ehemalige Kolonialherrschaft der Europäer davon nicht ausgenommen wird. Nach dem 11. September beschäftigte sich das *Wall Street Journal* mit den Ansichten muslimischer Bankiers, Freiberufler und Geschäftsleute, die im Nahen Osten arbeiten und Verbindungen zu den Vereinigten Staaten unterhalten. Sie beklagten, daß die USA autoritäre Staaten unterstütze und fördere und damit die unabhängige Entwicklung und Demokratisierung der Region verhindere. Vor allem aber kritisierten sie Washingtons Haltung gegenüber dem Irak und der israelischen Besatzungspolitik. Die notleidende Bevölkerung muß erleben, daß der Reichtum der Region in den Westen und in den eigenen Ländern zu den westlich orientierten Eliten fließt, die, mögen sie auch

brutal und korrupt sein, doch vom Westen unterstützt werden. Mit ihren jetzigen Aktionen werden die Vereinigten Staaten diese Probleme nur verschärfen.

»Krieg« gegen den internationalen Terrorismus?

Zunächst war von einem »Kreuzzug« die Rede, aber die USA begriffen bald, daß sie einen anderen Terminus verwenden mußten, wenn sie in der islamischen Welt Verbündete gewinnen wollten. Also führten sie den Begriff »Krieg« ein. Auch der Golfkrieg von 1991 wurde so bezeichnet, während die Bombardierung Serbiens eine »humanitäre Intervention« gewesen sein soll. Dieser Ausdruck ist nicht neu; im neunzehnten Jahrhundert haben die europäischen Imperialmächte ihre überseeischen Unternehmungen generell so genannt. Ein wissenschaftliches Standardwerk bringt für die Zeit direkt vor dem Zweiten Weltkrieg drei Beispiele für eine »humanitäre Intervention«: Japans Besetzung der Mandschurei, Mussolinis Einmarsch in Äthiopien und Hitlers Annektion des Sudetenlandes. Natürlich betont der Autor, daß diese Verbrechen jeweils unter dem Deckmantel der »humanitären Intervention« begangen wurden.

Ob der Kosovo-Krieg darunter fällt, hängt davon ab, was dort tatsächlich geschah. Leidenschaftliche Rhetorik allein genügt nicht, weil nahezu jede Form der Gewaltanwendung in dieser Weise gerechtfertigt werden kann. Im Fall des Kosovo lassen sich humanitäre Absichten nur schwer nachweisen, und die eigentlichen Gründe der Regierung liegen auf einem ganz anderen Feld. Aber darüber habe ich anderswo detaillierter berichtet (siehe Literaturempfehlungen im Anhang, Anm. d. Lekt.).

Die Rolle der Geheimdienste

Für die westlichen Geheimdienste war der Angriff vom 11. September sicherlich eine böse Überraschung. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die CIA in den achtziger Jahren in Zusammenarbeit mit dem pakistanischen Geheimdienst radikale islamische Fundamentalisten ausgebildet und bewaffnet hat, damit sie einen »Heiligen Krieg« gegen die russischen Invasoren in Afghanistan führen konnten.

Heute gibt es Versuche, die USA zum unschuldigen Zuschauer zu machen, und selbst respektable Journalisten beten die offizielle CIA-Version nach, aber die Wirklichkeit sieht anders aus.

Nachdem die Sowjets sich aus Afghanistan zurückgezogen hatten, wandten viele der Fundamentalisten (die, wie Bin Ladin, gar keine Afghanen waren) ihre Aufmerksamkeit anderen Gebieten zu. In Tschetschenien und Bosnien genossen sie zumindest die stillschweigende Unterstützung der USA; in Bosnien wurden sie darüber hinaus von der Regierung willkommen geheißen und erhielten als Dank für ihre militärischen Leistungen die bosnische Staatsbürgerschaft. In Westchina kämpfen chinesische Muslime gegen die Zentralregierung; einige von ihnen wurden offensichtlich schon 1978 von China nach Afghanistan geschickt, um sich an der Guerillarebellion gegen die dortige Regierung zu beteiligen. Rußland marschierte in Afghanistan ein, um die Aufstände niederzuschlagen (das alles erinnert sehr stark an die US-Amerikaner in Vietnam, die im Süden ein Marionettenregime installierten, das sie dann »verteidigen« mußten). Die Muslime schlossen sich den von der CIA unterstützten Streitkräften an, die gegen die Besatzungsmacht kämpften. Mittlerweile

sind die islamischen Fundamentalisten auch auf den südlichen Philippinen und in Nordafrika auf dem Vormarsch. Und sie haben ihre Hauptfeinde - Saudi-Arabien, Ägypten und, seit den neunziger Jahren, auch die USA — ins Visier genommen. Für Bin Ladin ist die Präsenz der USA in Saudi-Arabien die Verletzung heiligen Territoriums und im Grunde eine ähnliche Invasion wie die der UdSSR in Afghanistan.

Abgesehen davon sind die Geheimdienste und weltweiten Kontrollsysteme (wie Echelon) sehr viel weniger effektiv, als gemeinhin angenommen wird. Es hat immer wieder kolossale Fehler gegeben, auch bei Zielobjekten, die besser zugänglich sind als das Terrornetzwerk von Bin Ladin, das zweifellos so stark dezentralisiert, enthierarchisiert und über viele Länder verteilt ist, daß es schwer sein dürfte, dort einzudringen. Sicher werden die Geheimdienste jetzt etatmäßig aufgestockt, aber gegen diese Art von Terrorismus läßt sich nur wirksam vorgehen, wenn man die Ursachen bekämpft, die zu seiner Herausbildung geführt haben.

Der »islamische Fundamentalismus« -ein neuer Feind?

Im Grunde haben die USA (und viele andere westliche Staaten) gegen religiösen Fundamentalismus an sich nichts einzuwenden, er ist in der Alltagskultur der Vereinigten Staaten sogar weit verbreitet und kann extreme Formen annehmen. In der islamischen Welt ist neben dem Taliban-Regime Saudi-Arabien ein stark fundamentalistisch ausgerichteter Staat, der allerdings von Anfang an

ein Satellit der USA war; die Taliban sind Abkömmlinge der saudischen Version des Islam.

Radikale islamische Extremisten, die oft als »Fundamentalisten« bezeichnet wurden, gehörten in den achtziger Jahren zu den Lieblingen der US-amerikanischen Politik, weil unter ihnen die besten Killer waren, die man bekommen konnte. Einer der Hauptfeinde der USA war damals die katholische Kirche, die sich in Lateinamerika unverzeihlicherweise auf die Seite der Armen geschlagen hatte. Für dieses »Verbrechen« wurde sie schwer bestraft. In der Wahl seiner Feinde verfährt der Westen durchaus ökumenisch. Entscheidend ist die Unterordnung unter die Vormacht, nicht die Religion.

Auf jeden Fall ist der Angriff vom 11. September ein Rückschlag für die Sache der Palästinenser. Die Israelis nutzen die Gelegenheit, um ihren Druck auf die palästinensische Bevölkerung weiter zu verstärken. In den ersten Tagen nach dem Angriff rückten israelische Panzer in Jenin, Ramallah und (zum ersten Mal) Jericho ein, wobei einige Dutzend Palästinenser ums Leben kamen. Das ist die übliche Spirale der Gewalteskalation, die wir auch aus anderen Gebieten kennen.

Und es ist ein Rückschlag für die Gegner des Globalisierungsprozesses, weil solche Anschläge Wasser auf die Mühlen repressiver Kräfte hier wie dort sind und gerne dazu genutzt werden, um die Militarisierung der Gesellschaft, den Abbau von Sozialprogrammen und die Umverteilung des Reichtums zugunsten der Besitzenden zu beschleunigen. Aber das wird auf Widerstand stoßen und wohl nur kurzfristig Erfolg haben.

Läßt sich der **Krieg** gegen den Terrorismus gewinnen?

Zunächst ist anzumerken, daß die USA in vielen Teilen der Welt aus guten Gründen für einen der führenden terroristischen Staaten gehalten werden.

Den gegen uns gerichteten Terrorismus können wir bekämpfen, indem wir die Situation entschärfen oder die Bedrohung eskalieren. Eskalation ist keine zwingende Notwendigkeit: Als in London IRA-Bomben explodierten, forderte niemand, West-Belfast oder Boston zu bombardieren, zwei Hauptquellen für die Gelder der IRA. Vielmehr bemühte man sich, die Schuldigen zu fassen und die Hintergründe des Terrors aufzudecken. Als in Oklahoma auf das Gebäude einer Bundesbehörde ein Sprengstoffattentat verübt wurde, forderten viele einen Vergeltungsschlag gegen den Mittleren Osten, der auch gekommen wäre, wenn es sich um arabische Täter gehandelt hätte. Als man herausfand, daß die einheimische ultrarechte Szene dahintersteckte, ertönte nicht der Ruf, Montana und Idaho mit Bomben zu belegen. Vielmehr suchte und fand man den Täter, stellte ihn vor Gericht und verurteilte ihn. Auch hier war man darum bemüht, die Hintergründe des Anschlags aufzuhellen. Jedes Verbrechen, der Straßenüberfall ebenso wie ein Massaker, hat Ursachen, und zumeist sind einige von ihnen sehr ernst zu nehmen und müssen behoben werden.

Auch gegen schwere und lang andauernde Verbrechen läßt sich mit den Mitteln des Gesetzes vorgehen. Dafür gibt es Beispiele. Eins davon ist Nicaragua, in den achtziger Jahren Ziel terroristischer Angriffe seitens der USA, bei denen Zehntausende starben und das Land verwüstet wurde. Es hat sich bis heute nicht davon erholt. Hinzu

kam ein Wirtschaftskrieg, den das kleine Land kaum überstehen konnte. Aber Nicaragua warf keine Bomben auf Washington. Es rief den Weltgerichtshof an, der zu seinen Gunsten entschied, die USA zur Beendigung des Terrorkriegs und zur Zahlung von Reparationsleistungen aufforderte. Die Vereinigten Staaten erkannten das Urteil nicht an und eskalierten den Krieg. Daraufhin appellierte Nicaragua an den UN-Sicherheitsrat. Der wollte eine Resolution verabschieden, in der alle Staaten aufgefordert wurden, das geltende internationale Recht zu beachten. Die USA legten ihr Veto ein. In der Vollversammlung erhielten sie eine ähnliche Resolution, die mit den Gegenstimmen der ewigen Neinsager - USA und Israel - verabschiedet wurde. Das ist der Rechtsweg, den auch die Vereinigten Staaten beschreiten können, und daran würde sie niemand hindern. Genau das erwartet man von ihnen in der arabischen Region.

Die Regierungen im Mittleren Osten und Nordafrika würden sich nur allzu gerne dem Kampf der USA gegen die Terrorgruppen anschließen, denn sie stehen (wie das seinerseits terroristische Regime in Algerien) im Fadenkreuz der islamischen Fundamentalisten. Aber sie wollen Beweise und eine sei's auch nur minimale Berücksichtigung des internationalen Rechts. Die ägyptische Position ist noch schwieriger. Ägypten ist Teil des Systems, das die radikalen islamistischen Kampfgruppen ausgebildet hat, zu denen auch die Organisation von Bin Ladin gehörte, und Ägypten war eines der ersten Opfer, als Anwar el-Sadat ermordet wurde. Man wäre die Radikalislamisten gerne los, wünscht aber Beweise dafür, wer in diese Terrornetze verstrickt ist. Außerdem sollten Gegenaktionen im Rahmen der UN-Charta und unter der Schirmherrschaft des Sicherheitsrats stattfinden.

Wenn man diesen Kurs einschlägt, wird man die Eskalation von Gewalt vermeiden. Wenn man mit Gewalt zurückschlägt, wird man weitere Gewalt heraufbeschwören.

Anmerkung

- 1 United States Code Congressional and Administrative News, 98. Kongreß, 2. Sitzungsperiode, 19. Oktober 1984, Bd. 2, § 3077, 98 STAT. 2707 (West Publishing Co., 1984).

II. Ideologische Begleitmusik

Die Rolle der Medien

Zunächst ist festzuhalten, daß die Berichterstattung in den US-amerikanischen Medien weniger uniform ist, als sie im Ausland erscheinen mag. Sogar die *New York Times* räumte dieser Tage ein, daß die Stimmung in New York ganz anders ist, als bisher von den Mainstream-Medien (und auch von der *New York Times* selbst) vermittelt wurde. Sie berichtet jetzt, daß »die Kriegstrommel in den Straßen von New York kaum zu hören ist« und der Wunsch nach Frieden auch dort, wo um die Opfer getrauert und ihr Verlust beklagt wird, »stärker ist als der Ruf nach Vergeltung«. Und das gilt nicht nur für New York. Wir sind uns alle darin einig, daß die Drahtzieher des Attentats aufgespürt und bestraft werden müssen, aber ich glaube, die Mehrheit will nicht, daß blind zurückgeschlagen wird und dabei Unschuldige umkommen.

Es ist typisch für die großen Medien und die vorgeblichen Intellektuellen, bei einer Krise sich auf die Seite der Macht zu stellen und zu versuchen, die Bevölkerung mitzuziehen. Das geschah bei der Bombardierung Serbiens und auch während des Golfkriegs - und ist historisch gesehen eine ganz geläufige Taktik.

Geläufig ist auch die Auffassung westlicher Intellektueller, die Ursache für den Angriff auf das World Trade Center liege in »der Globalisierung«. Aber damit schließt

man die Augen vor den eigentlichen Zusammenhängen. Der ägyptische Präsident Anwar el-Sadat wurde nicht wegen der Globalisierung umgebracht. Auch der erste Anschlag auf das World Trade Center, 1993, hatte damit nichts zu tun. Und die von der CIA unterstützten »afghanischen« Milizen kämpften nicht wegen der Globalisierung gegen die Sowjets.

In Ägypten und anderen Ländern der arabischen Region sind selbst pro-amerikanisch eingestellte Angehörige der reicheren Schichten enttäuscht und verbittert über die Politik der USA. Das hat aber überhaupt nichts mit der sogenannten Globalisierung, McDonalds oder Jeans zu tun. Und in der breiten Bevölkerung sind diese Ressentiments ebenso, nur sehr viel stärker, ausgeprägt.

Die Vereinigten Staaten und die Länder des Westens machen es sich mit dieser Entschuldigung zu einfach. In der *New York Times* hieß es: »Die Täter handelten aus Haß gegen die im Westen geheiligten Werte wie Freiheit, Toleranz, Wohlstand, religiöser Pluralismus und allgemeines Wahlrecht.«¹ Die Politik der USA ist unwichtig und muß daher gar nicht erwähnt werden. Das ist ein beruhigendes Bild und eher die Norm als die Ausnahme. Es steht quer zu allem, was wir wissen, dient aber der Selbstbeweihräucherung und der kritiklosen Unterstützung der Macht. Leider erhöht diese Haltung das Risiko weiterer Greueltaten - womöglich schlimmerer als die vom 11. September.

Was Bin Ladin und seine Organisation betrifft, so sind ihnen Globalisierung und kulturelle Hegemonie der USA ebenso egal wie die Armen und Unterdrückten im Mittleren Osten, denen sie seit Jahren Schaden zufügen. Worum es ihnen geht, sagen sie laut und deutlich: Sie befinden sich in einem Heiligen Krieg gegen die korrupten, unter-

drückerischen und »unislamischen« Regimes der Region und ihre Unterstützer. Sie haben schon in den achtziger Jahren einen Heiligen Krieg gegen die Sowjets geführt und tun das jetzt in Tschetschenien, Westchina, Ägypten und anderswo.

Bin Ladin selbst hat vielleicht nie etwas von Globalisierung gehört. Robert Fisk, der ein längeres Interview mit ihm führte, berichtet, Bin Ladin wisse so gut wie nichts von der Welt und verlange auch nicht danach. Wir können natürlich diese Tatsachen und auch die Wurzeln solcher Haltungen wie die von Bin Ladin und seiner Verbündeten ignorieren, bringen uns damit aber selbst in Gefahr.

Warum nun sind die Menschen im Mittleren Osten, gleich welcher Bevölkerungsschicht sie angehören, so enttäuscht und verbittert? Ein gewichtiger Grund, der weder in den Vereinigten Staaten noch in Europa richtig verstanden wird, ist die Politik der USA gegenüber Israel einerseits und dem Irak andererseits.

Im Irak habe, so lautet die Kritik, die US-Politik in den letzten zehn Jahren die Zivilgesellschaft zerstört und Saddam Hussein gestärkt. Man weiß natürlich, daß die USA Saddam bei seinen schlimmsten Greueln, wie den Gasangriffen auf die Kurden 1988, geholfen haben. Wenn Bin Ladin in seinen Ansprachen, die in der Region übertragen werden, auf solche Vorkommnisse hinweist, stimmen ihm selbst diejenigen zu, die ihn verabscheuen. Über die USA und Israel sind hierzulande selbst die wichtigsten Tatsachen nahezu unbekannt, das gilt insbesondere für die intellektuelle Elite. Ebenso wenig teilen die Menschen in den arabischen Ländern die in den Vereinigten Staaten gehegten Illusionen über die »großzügigen« Angebote, die im Sommer 2000 in Camp David gemacht worden sein sollen. Es gibt hierüber genügend gut dokumentierte

Materialien aus einwandfreien Quellen, aber niemand kennt sie.

Im übrigen bietet der Kampf gegen Bin Ladin für die USA eine Gelegenheit, andere innen- und außenpolitische Ziele durchzusetzen, wie etwa die Militarisierung des Weltalls, den Abbau von Sozialprogrammen usw. Außerdem läuft es darauf hinaus, den Gegnern von Globalisierung und Umweltzerstörung das Wasser abzugraben. Die Militärschläge gegen Afghanistan kommen wiederum Bin Ladin höchst gelegen. Wie üblich gibt es auf beiden Seiten viele Bin Ladins.

Der Sender »Al-Dschasira«

Während in den Vereinigten Staaten selbst die Beschränkung der Informationsfreiheit in Kriegssituationen nur selten auf Regierungseinwirkung zurückgeht, sondern eher Sache der Selbstzensur ist — im Augenblick ist die Lage sogar besser als gewöhnlich —, gibt es einige überraschende Vorstöße der Regierung, den freien Informationsfluß im Ausland zu unterbinden. Die arabische Welt hat eine freie und offene Nachrichtenquelle: den TV-Sender Al-Dschasira in Qatar, der nach dem Vorbild der BBC gestaltet wurde und über Satellitenfernsehen empfangen werden kann. Er findet in der arabischen Welt enorme Beachtung, weil er als einziger Sender unzensuriert arbeitet. Al-Dschasira bringt sehr viele wichtige Nachrichten, aber auch Live-Diskussionen und läßt ein breites Spektrum an Meinungsäußerungen zu. Ein paar Tage vor dem 11. September kamen dort Colin Powell und der israelische Premierminister Barak zu Wort (sogar ich wurde um meine Meinung ge-

beten). Al-Dschasira ist auch, wie das *Wall Street Journal* vermeldete, »der einzige internationale Nachrichtensender, der Reporter im von den Taliban besetzten Teil Afghanistans unterhält«. Unter anderem gelang es ihm, die Zerstörung der großen Buddha-Statuen zu filmen, die in aller Welt mit Recht Empörung hervorgerufen hat. Ferner hat er umfangreiche Interviews mit Bin Ladin geführt, die sicherlich von den westlichen Geheimdiensten eingehend geprüft wurden, aber auch für all diejenigen von Interesse sind, die wissen wollen, was er denkt. Sie wurden übersetzt und von der BBC erneut ausgestrahlt, einige davon stammen aus der Zeit nach dem 11. September.

Al-Dschasira wird von den Diktaturen in der Region gefürchtet, weil er ohne Umschweife ihre Menschenrechtsverletzungen anprangert. Mittlerweile gehören auch die USA zu den Ländern, die Al-Dschasira mit Argwohn beobachten. Die BBC berichtete: »Die Vereinigten Staaten sind nicht die ersten, denen die Berichterstattung von Al-Dschasira mißfällt. Schon vorher haben Algerien, Marokko, Saudi-Arabien, Kuwait und Ägypten sich verärgert gezeigt, weil der Sender politische Dissidenten zu Wort kommen ließ.«

Der Emir von Qatar bestätigte, daß »Washington Qatar gebeten hat, den einflußreichen und journalistisch unabhängigen Fernsehsender an die Kandare zu nehmen«, heißt es in der BBC weiter. Der Emir, der auch bei der 56 Länder umfassenden Islamischen Konferenz den Vorsitz hat, informierte in Washington die Presse darüber, daß Außenminister Powell Druck auf ihn ausgeübt habe, damit er »Al-Dschasira überrede, die Berichterstattung zu mäßigen«, wie der Sender selbst verlauten ließ. Als der Emir zu den Versuchen der

Einflußnahme befragt wurde, sagte er: »Das ist richtig. Wir haben dergleichen von dieser und der vorigen US-Regierung gehört.«²

Diese Nachricht fand, meinen Nachforschungen zufolge, praktisch nur im *Wall Street Journal* größeren Widerhall, wo auch die, natürlich empörten, Reaktionen arabischer Intellektueller und Gelehrter wiedergegeben werden. Der Bericht fügt hinzu, daß »viele arabische Kommentatoren darauf hinweisen, daß der grassierende Anti-Amerikanismus letztlich auf Washingtons Weigerung zurückgeht, sich mit der Situation der Menschenrechte in offiziell pro-amerikanischen Ländern wie Saudi-Arabien zu befassen«³. Auch die Interviews mit Bin Ladin und andere Informationen aus Afghanistan blieben lange unbeachtet.

Der Sender wurde berühmt, nachdem er ein Interview mit Bin Ladin ausgestrahlt hatte, das für die westliche Propaganda von Nutzen war und sofort Schlagzeilen machte. Die *New York Times* lobte den Sender als »den CNN der arabischen Welt, der rund um die Uhr Nachrichten und politische Berichte ausstrahlt, die Millionen von Zuschauern erreichen«: Das Netzwerk hat den Ruf erworben, eine unabhängige und bahnbrechende Berichterstattung zu betreiben, die sich deutlich von der anderer arabischer Sender abhebt [und] sich auf Themen konzentriert, die in den meisten Teilen der arabischen Welt als subversiv gelten: das Fehlen demokratischer Institutionen, die Verfolgung politischer Dissidenten und die Ungleichbehandlung der Frauen.«⁴ Weiter heißt es in der *New York Times*, daß sich US-amerikanische Politiker über die Ausstrahlung von Interviews mit Bin Ladin und die »anti-amerikanische Rhetorik« von Kommentatoren, Gästen und Anrufern bei Diskussionsrunden »besorgt

gezeigt« hätten. Der Rest bleibt unerwähnt, auch wenn es am nächsten Tag eine milde Ermahnung im Leitartikel gab.

Anmerkungen

1 Serge Schmemann, *New York Times* vom 16. September 2001.

2 BBC vom 4. Oktober 2001, unter Berufung auf Reuters.

3 *Wall Street Journal* vom 5. Oktober 2001.

4 Elaine Scholino in der *New York Times* vom 9. Oktober 2001.

I. Staatsverbrechen

Der Krieg gegen den Terrorismus wird, so heißt es, um »hehrer Ziele« willen verfolgt. Aber was sind »hehre Ziele«? War es ein hehres Ziel, die Sowjets 1979 in die »afghanische Falle« gelockt zu haben, dessen Zbigniew Brzezinski sich rühmt? Den Widerstand gegen die Invasion der UdSSR im Dezember 1979 zu unterstützen, ist eine Sache. Aber diese Invasion provoziert zu haben, wie Brzezinski behauptet, und eine Terroristenarmee aus islamischen Fanatikern auf die Beine zu stellen, um eigene Ziele zu verfolgen, ist eine andere Sache.

Eine weitere Frage betrifft das Bündnis gegen den Terrorismus, das die USA, die, man muß daran erinnern, selbst ein führender Schurkenstaat sind, zu schließen sich bemühen. Was ist mit den Bündnispartnern — Rußland, China, Indonesien, Ägypten, Algerien -, die sich alle über die Entstehung eines von den USA geförderten internationalen Systems freuen, innerhalb dessen sie ihre eigenen terroristischen Greueltaten begehen können? Rußland zum Beispiel wäre glücklich über die US-amerikanische Unterstützung seines mörderischen Kriegs in Tschetschenien, in dem wiederum Afghanen kämpfen, die aller Wahrscheinlichkeit nach ihrerseits für terroristische Anschläge in Rußland sorgen. Indien hofft auf die Bereinigung des Kaschmir-Konflikts, Indonesien möchte seine Massaker in Aceh ungestört fortsetzen und Algerien seinen staatlichen Terrorismus ausweiten.

Natürlich kann nicht jeder in diese erlesene Koalition aufgenommen werden. »Die Regierung Bush wies [am 6. Oktober] darauf hin, daß die linksgerichtete Partei der Sandinisten in Nicaragua, die im nächsten Monat die Wahlen zu gewinnen hofft, Verbindungen« zu terroristischen Staaten und Organisationen pflegt und daher »nicht in das internationale Bündnis gegen den Terrorismus, das die Regierung schmieden will, einbezogen werden.«¹ »Wie wir bereits erklärten, gibt es keine neutrale Haltung zwischen denen, die den Terrorismus bekämpfen, und denen, die ihn unterstützen«, insistierte Eliza Koch, die Sprecherin des US-Außenministeriums. Obwohl die Sandinisten bekunden, die sozialistische Politik und anti-amerikanische Rhetorik der Vergangenheit abgelegt zu haben, zeigt Kochs Erklärung, daß die Regierung diese Behauptungen bezweifelt.

Die Zweifel sind verständlich, denn Nicaragua hat in den achtziger Jahren die USA so furchtbar angegriffen, daß Ronald Reagan sich am 1. Mai 1985 gezwungen sah, den »Ausnahmestand« auszurufen, weil »die Politik und die Handlungen der Regierung von Nicaragua eine außergewöhnliche Bedrohung für die nationale Sicherheit und Außenpolitik der Vereinigten Staaten darstellen«. Die »aggressiven Handlungen der nicaraguanischen Regierung in Mittelamerika«, die zu diesem Ausnahmestand führten, beantwortete er mit einem Embargo.

Es ist also nur logisch, daß die USA verlässliche Garantien für gutes Verhalten benötigen, ehe sie einem von Sandinisten geführten Nicaragua erlauben, sich dem von Washington geführten Bündnis der Gerechten im Kampf gegen den Terrorismus, den die USA seit zwanzig Jahren bestreiten, anzuschließen.

Oder nehmen wir die »Nordallianz«, die jetzt von

Rußland und den Vereinigten Staaten gemeinsam unterstützt wird. Es handelt sich dabei um eine Ansammlung von Kriegsherren, die zuvor in Afghanistan für so viel Zerstörung und Terror gesorgt hatten, daß die Bevölkerung die Taliban mit offenen Armen empfing. Außerdem sind sie aller Wahrscheinlichkeit nach in den Drogen-transfer nach Tadschikistan verwickelt. Sie kontrollieren den größten Teil der Grenze zwischen beiden Ländern, und Tadschikistan gilt als Dreh- und Angelpunkt für die Weiterleitung der Drogen nach Europa und den USA. Wenn die Vereinigten Staaten dem Beispiel Rußlands folgen und diese Streitkräfte für eine Offensive bewaffnen, wird der Zufluß von Drogen unter den herrschenden Bedingungen chaotischer Flüchtlingsströme zunehmen.

Im übrigen betreiben die Vereinigten Staaten ihren internationalen Terrorismus wie eh und je. Nehmen wir einige vergleichsweise bescheidene Beispiele. Alle hier bei uns waren entsetzt über den Bombenanschlag von Oklahoma², und einige Schlagzeilen verkündeten damals: »Oklahoma City sieht aus wie Beirut.« Nirgendwo wurde darauf hingewiesen, daß auch Beirut wie Beirut aussieht, was zum Teil damit zusammenhängt, daß die Regierung Reagan dort 1985 einen terroristischen Bombenanschlag verübte, der dem von Oklahoma City sehr ähnelte. Vor einer Moschee war ein Lastwagen mit einer Bombe geparkt worden, deren Zünder so eingestellt war, daß möglichst viele Leute beim Verlassen der Moschee getötet werden sollten. Einem Bericht der *Washington Post* zufolge, der erst drei Jahre danach erschien, wurden 80 Menschen getötet und 250 verletzt, darunter sehr viele Frauen und Kinder. Zielobjekt des Anschlags war ein muslimischer Geistlicher, den die US-Regierung haßte. Aber sie verfehlte ihn. Und welchen Namen soll man ei-

ner Politik geben, die zum Tod von vielleicht einer Million Zivilisten und einer halben Million Kinder im Irak führt, während die Außenministerin erklärte, das sei der Preis, den man zahlen müsse? Die Unterstützung israelischer Greuelthaten ist ein anderer Fall.

Oder denken wir an den Krieg der türkischen Regierung gegen die Kurden im eigenen Land, für den die Regierung Clinton 80 Prozent der Waffen stellte. Es handelt sich hierbei um einen der schlimmsten Feldzüge in den neunziger Jahren, über den kaum etwas bekannt wurde, weil die USA dafür mitverantwortlich waren. Und wenn unhöflicherweise doch einmal die Rede darauf kam, war es eben ein marginaler Fleck auf unserer ansonsten weißen Weste im entschlossenen Kampf gegen Unmenschlichkeit überall auf dem Planeten.

Ferner ist da noch die Zerstörung der pharmazeutischen Fabrik Al-Shifa im Sudan, eine kleine Fußnote in der Geschichte des staatlichen Terrors, die schon bald in Vergessenheit geriet. Wie hätten die USA reagiert, wenn die Organisation von Bin Ladin dort die Hälfte der pharmazeutischen Vorräte samt den technischen Herstellungsapparaturen in die Luft gesprengt hätte? Der Vergleich ist zwar unfair, doch die Folgen für den Sudan sind sehr viel schlimmer. Wir aber sagen nur: »Oh je, ziemlich schlimm, ein Versehen. Gehen wir zum nächsten Thema über.« In anderen Regionen denkt man nicht so. Wenn Bin Ladin diese Bombardierung erwähnt, stößt er auch bei denen auf Widerhall, die ihn fürchten oder verachten.

Die Zerstörung der Fabrik im Sudan ist zwar nur eine Fußnote, aber eine höchst instruktive. Interessant ist vor allem die Reaktion, wenn man wagt, davon zu reden. Das habe ich in der Vergangenheit getan und ebenso jetzt, als

ich kurz nach dem Attentat vom 11. September auf Fragen von Journalisten antwortete. Ich erwähnte, daß die Verluste dieses »entsetzlichen Verbrechens«, das (um Robert Fisk zu zitieren) mit »Bösartigkeit und furchterregender Grausamkeit« begangen wurde, mit den Folgen vergleichbar wären, die Clintons Bombardierung der Fabrik von Al-Shifa im August 1998 hervorgerufen hätte. Diese Bemerkung füllte viele Zeitschriften und Webseiten mit bizarren Anschuldigungen, auf die ich hier nicht weiter eingehen will. Wichtig ist nur, daß dieser eine Satz, der sich bei näherem Hinsehen eher als eine Untertreibung herausstellt, von einigen Kommentatoren als höchst skandalös angesehen wurde. Offensichtlich halten sie im tiefsten Herzen, auch wenn sie es vor sich selbst leugnen, unsere Verbrechen gegen die Schwachen für so normal wie die Luft, die wir atmen. Unsere Verbrechen, für die wir als Steuerzahler verantwortlich sind, weil wir keine Reparationen bezahlen, sondern den Tätern noch Zuflucht und Immunität gewähren und die schrecklichen Tatsachen einfach ins schwarze Loch der Gedächtnislosigkeit sinken lassen.

Die Folgen der Zerstörung dieser Fabrik lassen sich nur schätzen. Der Sudan rief die UNO an, um zu erfahren, ob und wie die Bombardierung sich rechtfertigen ließe, aber selbst das wurde von Washington verhindert. Weitere Nachforschungen scheint es kaum gegeben zu haben. Wir sollten sie jedoch anstellen und uns dabei an einige Binsenweisheiten erinnern, sofern wir an Menschenrechten überhaupt interessiert sind. Wenn wir abschätzen, wie viele Opfer ein Verbrechen gekostet hat, dann zählen wir nicht nur die unmittelbar Getöteten, sondern auch diejenigen, die an den Spätfolgen starben. Also betrachten wir in diesem Fall nicht nur diejenigen, die in Khartum durch

den Einsatz von Marschflugkörpern gestorben sind, sondern auch die Opfer der weiterreichenden Folgen dieses Verbrechens, das zwar die gängigen politischen und ideologischen Funktionsweisen reflektiert, aber darum — selbst wenn man persönliche Probleme von Präsident Clinton in Rechnung stellt (was ich zweifelhaft finde) — doch ein Verbrechen bleibt.

Diese Binsenweisheiten behalten wir im Auge und wenden uns nun den Informationen zu, die den Mainstream-Medien mühelos zu entnehmen waren. Mit einer Analyse der Rechtfertigungen, die Washington lieferte, halte ich mich nicht weiter auf, denn sie sind angesichts der Folgen in moralischer Hinsicht von untergeordneter Bedeutung.

Ein Jahr nach dem Angriff »ist, als Folge der Bombardierung, die Todesrate im Sudan ohne die lebensrettende Medizin [aus der zerstörten Fabrik] langsam angestiegen... Zehntausende von Menschen, darunter viele Kinder, sind an Malaria, Tuberkulose und anderen heilbaren Krankheiten gestorben... [Al-Shifa] produzierte bezahlbare Arzneimittel für Menschen und Tiere im Sudan. 90 Prozent der pharmazeutischen Produkte des Landes kamen von dort... Die Sanktionen gegen den Sudan machen es unmöglich, Arzneimittel in dem Umfang zu importieren, der die Lücke schließen könnte, die durch die Zerstörung der Fabrik entstanden ist... Millionen von Menschen müssen sich fragen, was der Internationale Gerichtshof in Den Haag ein Jahr nach diesem Vorfall dazu sagen wird.«³

»Der Verlust dieser Fabrik ist für die Landbewohner, die auf die Arzneimittel angewiesen sind, eine Tragödie.«⁴ Al-Shifa produzierte einen Großteil »der Arzneimittel des Sudans, und ihre Zerstörung hat das Land seiner Vorräte an Chloroquin, dem wichtigsten Heilmittel gegen

Malaria, beraubt«. Monate später jedoch verweigerte sich die britische Regierung Anfragen, »Chloroquin für den Notfall zur Verfügung zu stellen, bis der Sudan seine pharmazeutische Produktion wieder aufbauen kann«.⁵

Al-Shifa war »die einzige Fabrik, die Mittel gegen Tuberkulose herstellte - für mehr als 100 000 Patienten, für ein britisches Pfund im Monat. Teure Importe können sich die meisten nicht leisten - und auch nicht ihre Männer, Frauen und Kinder, die sich seitdem angesteckt haben. Al-Shifa produzierte auch sämtliche Arzneimittel gegen Tierkrankheiten in diesem großen herdenreichen Land. Sie stellte vor allem Mittel gegen die Parasiten her, die von den Herden auf die Hirten übergehen und eine Hauptursache für die Kindersterblichkeit sind.«⁶

Die Todesrate steigt weiter an.

Die Berichte stammen von renommierten Journalisten führender Zeitschriften. Eine besondere Ausnahme bildet dabei Jonathan Belke, der für die Near East Foundation Regionalprogramme leitet und weitreichende Kenntnisse über die Lage im Sudan besitzt. Diese Organisation ist eine hochachtbare Institution für Entwicklungshilfe, die bereits im Ersten Weltkrieg gegründet wurde. Sie bietet armen Ländern in Afrika und im Mittleren Osten technische Unterstützung an, wobei lokale, von Einheimischen betriebene Projekte im Vordergrund stehen. Dabei arbeitet sie eng mit großen Universitäten, Wohlfahrtsorganisationen und dem US-Außenministerium sowie bekannten Diplomaten und prominenten Persönlichkeiten im Bildungs- und Entwicklungssektor des Mittleren Ostens zusammen.

Glaubhaften Untersuchungen zufolge hat die Zerstörung von Al-Shifa, bezogen auf die Einwohnerzahl des Sudan, die gleichen Auswirkungen, als wenn die Terror-

Organisation von Bin Ladin bei einem Angriff auf die USA »Hunderttausende von Menschen - darunter viele Kinder - an leicht heilbaren Krankheiten sterben« ließe, wobei diese Analogie nicht fair sein kann. Der Sudan ist »eines der am wenigsten entwickelten Gebiete der Erde. Das rauhe Klima, die geringe Siedlungsdichte, gesundheitliche Risiken und eine zerfallende Infrastruktur bedeuten für viele Sudanesen einen beständigen Kampf ums Überleben. Tuberkulose- und Malariaepidemien und andere Krankheiten, periodische Ausbrüche von Hirnhautentzündung oder Cholera«, ganz zu schweigen von der weitverbreiteten Aidskrankheit, machen preiswerte Arzneimittel zur absoluten Notwendigkeit.⁷ Ferner besitzt der Sudan nur in sehr begrenztem Umfang landwirtschaftlich nutzbare Flächen, leidet unter einem chronischen Mangel an Trinkwasser, einer hohen Sterblichkeitsrate, verfügt kaum über Industrie, ist gegenüber dem Ausland hoch verschuldet, leidet unter einem Bürgerkrieg, der das Land verwüstet, und an umfangreichen Sanktionen. Was dort wirklich geschieht, läßt sich nur erraten. Belke schätzt, daß innerhalb eines Jahres bereits Zehntausende an den Folgen der Zerstörung von Al-Shifa gestorben sind.

Und das ist nur die Oberfläche.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch berichtete, daß als unmittelbare Folge der Bombardierung »alle in Khartum ansässigen UN-Einrichtungen und viele andere Hilfsorganisationen ihre amerikanischen Mitarbeiter evakuiert haben«, so daß »viele Projekte auf unbestimmte Zeit verschoben sind, darunter ein sehr wichtiges [in einer Bezirkshauptstadt], das von dem US-amerikanischen Internationalen Rettungskomitee betrieben wird. Dort sterben täglich mehr als fünfzig Südsudanesen... Im

Süden, wo nach Schätzungen von UN-Mitarbeitern fast zweieinhalb Millionen Menschen dem Hungertod nahe sind«, kann die Aussetzung der Hilfsprogramme zu einer »schrecklichen Krise« führen.

Überdies scheint das Bombardement »den allmählich sich abzeichnenden Kompromiß zwischen den Bürgerkriegsparteien erschüttert« und vielversprechende Ansätze zu einer Beendigung der inneren Auseinandersetzungen, in deren Verlauf seit 1981 eineinhalb Millionen Menschen gestorben sind, zunichte gemacht zu haben. Ansätze, die auch zum »Frieden in Uganda und dem gesamten Nilbecken« hätten führen können. Gestorben sind damit auch die Hoffnungen, daß »die islamistische Regierung des Sudan ihre Politik zugunsten pragmatischerer Beziehungen mit dem Ausland neu orientiert«, um die einheimische Krise zu bewältigen, dem Terrorismus die Unterstützung zu entziehen und den Einfluß radikaler Islamisten zurückzudrängen.⁸

Angesichts dieser Folgen können wir das Verbrechen im Sudan mit der Ermordung von Patrice Lumumba vergleichen, die den Kongo in jahrzehntelange Bürgerkriege stürzte, oder mit dem Sturz der demokratischen Regierung von Guatemala 1954, die zu einer vierzig Jahre währenden Schreckensherrschaft führte. Weitere Beispiele lassen sich finden.

Hubands Folgerungen werden drei Jahre später von James Astill in dem bereits zitierten Artikel wieder aufgegriffen. Er reflektiert über die »politischen Kosten, die ein Land zahlen muß, das sich [vor dem Angriff] von einer totalitären Militärdiktatur, einem ruinösen Islamismus und einem langwährenden Bürgerkrieg zu befreien versuchte«, nun aber »in den Alptraum jenes fruchtlosen Extremismus zurückfällt, dem es entkommen wollte«.

Diese »politischen Kosten« können den Sudan im Endeffekt teurer zu stehen kommen als die Zerstörung seiner »ohnehin nicht sattelfesten medizinischen Versorgungsstrukturen«, meint Astill.

Er zitiert dann noch Idris Eltayeb, einen führenden sudanesischen Pharmakologen und den Vorsitzenden des Verwaltungsrats von Al-Shifa. Ihm zufolge ist das Verbrechen »ebenso ein Akt des Terrorismus wie der Anschlag auf das World Trade Center - mit dem Unterschied, daß wir wissen, wer die Fabrik in die Luft gejagt hat. Ich bin sehr traurig wegen der Opfer [in New York und Washington], aber im Hinblick auf die Anzahl der Toten und die Folgekosten für ein armes Land war [der Anschlag im Sudan] schlimmer.« Er dürfte, was die »Anzahl der Toten« angeht, recht haben, auch wenn wir die langfristigen »politischen Kosten« nicht in Betracht ziehen.

Die »Folgekosten« will ich nicht bewerten, und selbstverständlich ist es unsinnig, Verbrechen dieser Art überhaupt gegeneinander abwägen zu wollen, auch wenn es vernünftig und wissenschaftlich haltbar ist, die jeweilige Zahl der Opfer miteinander in Beziehung zu setzen. Die Zerstörung der Fabrik hat auch für die Bevölkerung der Vereinigten Staaten schwerwiegende Folgen gehabt, wie die Geschehnisse vom 11. September in aller Deutlichkeit gezeigt haben. Bemerkenswerterweise spielte der Vorfall im Sudan in der Erörterung des Versagens der Geheimdienste überhaupt keine Rolle.

Kurz vor dem Angriff auf die Fabrik waren im Sudan zwei Männer unter dem Verdacht festgenommen worden, Bombenattentate auf amerikanische Botschaften in Ostafrika verübt zu haben. Wie US-Regierungsbeamte bestätigen, wurde Washington davon in Kenntnis gesetzt. Aber die USA lehnten das sudanesisches Angebot zur Zusam-

menarbeit ab, un'd nach dem Angriff setzte der Sudan die Verdächtigen »verärgert auf freien Fuß«. ⁹ Ein weiterer Grund für die Freilassung wird aus kürzlich durchgesickerten FBI-Memoranden ersichtlich: Das FBI bemühte sich um die Auslieferung der Inhaftierten, aber das Außenministerium verhielt sich ablehnend. Ein »hochrangiger CIA-Angehöriger« bezeichnete diese Ablehnung der sudanesischen Bereitschaft zur Kooperation als »das schlimmste Versagen des Geheimdienstes« im Hinblick auf den Anschlag vom 11. September. Denn der Sudan hätte »den Schlüssel zu dieser Affäre« liefern und Belastungsmaterial gegen Bin Ladin vorlegen können, wenn nicht die US-Regierung wegen ihres »irrationalen Hasses« gegen den Sudan alle Angebote ausgeschlagen hätte. Der Sudan besaß nämlich »umfangreiche geheimdienstliche Informationen über Usama Bin Ladin und mehr als zweihundert Mitglieder seiner Terrororganisation Al-Qaida«, die zur Verfügung zu stellen er bereit war. Washington wurde »umfangreiches Aktenmaterial mit Fotografien und detaillierten Lebensläufen vieler Führungsmitglieder und wichtige Informationen über die weltweiten finanziellen Transaktionen von Al-Qaida« offeriert. Washington lehnte ab. »Vernünftigerweise muß man sagen, daß wir mit diesen Daten die Angriffe vielleicht hätten verhindern können.« Soweit der CIA-Angehörige. ¹⁰

Das Gleiche gilt für »unsere kleine Gegend hier«, wie der einstige US-Außenminister Henry Stimson die westliche Hemisphäre genannt hat. Wenn der US-amerikanischen Doktrin zufolge Opfer von Terrorangriffen das Recht haben, mit Mitteln der Gewalt darauf zu antworten, hätte Kuba allen Anspruch darauf, weil die Insel seit 1959 von den Vereinigten Staaten terroristisch attackiert wird.

Aber das alles interessiert die Öffentlichkeit hierzulande wenig, wie auch das folgende Beispiel zeigt. Am 16. September berichtete die *New York Times*, daß die USA von Pakistan verlangt hätten, seine Hilfslieferungen an Lebensmitteln nach Afghanistan einzustellen. Hinweise hatte es schon vorher gegeben, aber jetzt wurde es unwidersprochen behauptet. Washington habe, so John Burns aus Islamabad, unter anderem gefordert, »die Lastwagenkonvois, die Lebensmittel und andere Güter an die afghanische Bevölkerung liefern, zu stoppen«. Das bedeutet, daß ungezählte Afghanen dem Hungertod ausgeliefert werden. Und es sind keine Tali-ban, sondern deren Opfer, vielfach Menschen, die an der Flucht gehindert werden. Die Forderung an Pakistan lief darauf hinaus, weite Teile der afghanischen Bevölkerung verhungern zu lassen.

Und wie wurde darauf reagiert?

Ich habe fast den ganzen nächsten Tag damit verbracht, Radio- und Fernsehberichte zu verfolgen. In Europa oder den USA gab es so gut wie keine Reaktion, im Gegensatz zu anderen Teilen der Welt. Wie hätten wir darauf reagiert? Nehmen wir an, eine Macht wäre stark genug, um zu verfügen, daß eine große Anzahl von Amerikanern Hungers stirbt. Wäre das ein ernstzunehmendes Problem? Aber auch diese Analogie geht am Kern der Sache vorbei. Afghanistan ist nach der sowjetischen Invasion und den von Washington unterstützten Kriegen seinem Schicksal überlassen worden. Es ist größtenteils zerstört und die Bevölkerung verzweifelt. Was sich dort abzeichnet, ist eine der schlimmsten humanitären Krisen der Gegenwart.

Die Vereinigten Staaten kaschieren ihren Terrorismus mit der Doktrin von der »Kriegsführung niederer Intensität«, zu der sie sich offiziell verpflichtet haben. Wenn man

die gängigen Definitionen dieser Art von Kriegsführung mit den Definitionen von »Terrorismus« im US-Strafgesetzbuch oder in Armeehandbüchern vergleicht (siehe dazu Kap. I), so gleichen sie sich aufs Haar. Terrorismus ist der Einsatz von Zwangsmitteln gegen die Zivilbevölkerung, um politische, religiöse oder andere Ziele zu erreichen. Genau das war der Angriff auf das World Trade Center, ein besonders erschreckendes terroristisches Verbrechen.

Den offiziellen Definitionen zufolge ist Terrorismus Bestandteil staatlichen Handelns, was natürlich nicht nur für die Vereinigten Staaten gilt. Und er ist gerade nicht, wie oft behauptet wird, »die Waffe der Schwachen«.

Anmerkungen

- 1 George Gedda, AP, 6. Oktober 2001. [Die Sandinisten verloren die Wahl. *Anm. d. Üb.*]
- 2 *Anm. d. Üb.*: Der Attentäter, Timothy McVeigh, wurde eher durch einen Zufall gefaßt und zum Tode verurteilt. Er starb durch eine Giftspritze.
- 3 Jonathan Belke, *Boston Globe*, 22. August 1999.
- 4 Tom Carnaffin, ein technischer Manager, der »gute Kenntnisse« über die zerstörte Fabrik besitzt; zit. in Ed Vulliamy, Henry McDonald, Shyam Bhatia und Martin Bright, *London Observer*, 23. August 1998, Titelgeschichte, S. 1.
- 5 Patrick Wintour, *Observer*, 20. Dezember 1998.
- 6 James Astill, *Guardian*, 2. Oktober 2001.
- 7 Jonathan Belke und Kamal El-Faki, Lageberichte für die Near East Foundation.
- 8 Mark Huband, *Financial Times*, 8. September 1998.
- 9 James Risen, *New York Times*, 30. Juli 1999.
- 10 Vgl. David Rose, *Observer*, 30. September 1999, über eine Recherche dieser Zeitung.

IV. Usama Bin Ladin und die USA

Bin Ladin und seine Ziele

Ob Bin Ladin nun hinter dem Anschlag steckt oder nicht, er teilt auf jeden Fall, wie die ausführlichen Interviews zeigen, die Robert Fisk mit ihm geführt hat, den in der arabischen Region weitverbreiteten Zorn über die Politik der USA im Nahen und Mittleren Osten - vor allem über die US-amerikanische Militärpräsenz in Saudi-Arabien und die Unterstützung der israelischen Palästina-Politik.

Viele, die sich mit der Lage in Afghanistan auskennen, bezweifeln, daß Bin Ladin über die notwendigen logistischen Fähigkeiten verfügt, einen so raffiniert geplanten Anschlag von einer Höhle in den Bergen aus zu steuern. Aber daß seine Organisation daran beteiligt war, ist höchst plausibel, und daß er seine Anhänger zu motivieren vermag, ist bekannt. Es handelt sich bei diesen Terrororganisationen um dezentralisierte, nichthierarchische Strukturen, deren Kommunikation untereinander möglicherweise sehr begrenzt ist. Vielleicht sagt Bin Ladin die Wahrheit, wenn er angibt, von der Operation nichts gewußt zu haben.

Hingegen weiß er sehr genau, was er will, und läßt darüber weder den Westen noch die arabische Welt, die er durch seine Interviews und Verlautbarungen erreicht, im Unklaren. Für ihn werden Saudi-Arabien und andere Staaten der Region von korrupten und unterdrücken-

sehen Regierungen beherrscht, die nicht wirklich »islamistisch« sind. Und er ist mit seiner Organisation bereit, Muslime überall dort zu unterstützen, wo sie gegen die »Ungläubigen« kämpfen, also in Tschetschenien, Bosnien, Kaschmir, Westchina, Südostasien, Nordafrika. Diese Organisationen haben einen Heiligen Krieg geführt, um die Sowjets (die sich in den Augen der Taliban von Briten und Amerikanern nicht wesentlich unterscheiden) aus Afghanistan zu vertreiben, und ihnen ist noch mehr daran gelegen, die US-Amerikaner aus Saudi-Arabien zu verdrängen, weil dort die heiligen Stätten des Islam beheimatet sind.

Seine Forderung, korrupte und brutale Gangsterregimes zu stürzen, findet ebenso großen Widerhall wie seine Empörung über Greuelthaten, die er und andere, durchaus nicht grundlos, den USA anlasten. Andererseits schaden seine Verbrechen den Armen und Unterdrückten in der Region; und der Angriff auf das World Trade Center war für die Palästinenser alles andere als hilfreich. Aber was von außen betrachtet unlogisch erscheint, kann sich in arabischer Perspektive ganz anders darstellen. In seinem Kampf gegen durchaus reale Unterdrücker gilt Bin Ladin auch dann als Held, wenn seine Politik der armen Bevölkerungsmehrheit schadet. Und sollte es den Vereinigten Staaten gelingen, ihn zu töten, gewinnt er als Märtyrer vielleicht sogar noch mehr Einfluß. Er ist, für die USA, aber auch für große Teile der arabischen Bevölkerung, nicht nur eine objektive, sondern auch eine symbolische Macht.

Man muß ihn und seine Ziele unbedingt ernstnehmen. Außerdem dürften seine Verbrechen die CIA eigentlich nicht überrascht haben. Die von den USA, Ägypten, Frankreich und Pakistan organisierten radikal-islamisti-

sehen Organisationen begannen schon sehr früh zurückzuschlagen, indem sie 1981 den ägyptischen Präsidenten Sadat töteten, obwohl er zu den energischsten Unterstützern des Heiligen Kriegs gegen die Sowjets in Afghanistan gehört hatte.

Dieser »Rückstoß« erfolgte äußerst direkt und war seiner Art nach aus einer fünfzigjährigen Geschichte bekannt, samt Drogenhandel und Gewalt. Nehmen wir nur ein Beispiel. In dem bereits erwähnten Buch *Unholy Wars* berichtet John Cooley, daß die CIA der Einreise des ägyptischen Radikalislamisten Scheich Omar Abdel Rahman in die USA 1990 »bewußt zugestimmt« hätte. Ägypten hatte bereits einen Haftbefehl für ihn ausgestellt, weil man ihn terroristischer Verbrechen beschuldigte. 1993 war er in das Bombenattentat auf das World Trade Center verwickelt, das offensichtlich nach dem Muster von CIA-Handbüchern gestrickt war, mit deren Anleitung die »afghanischen« Milizen gegen die Sowjets gekämpft hatten. Es gab Pläne, das UNO-Gebäude sowie die Lincoln-und Holland-Tunnel in die Luft zu sprengen. Omar Abdel Rahman wurde wegen Verschwörung zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt.

Das Problem der Auslieferung

Es ist, wie gesagt, nicht so einfach, eindeutige Beweise für die Urheberchaft Bin Ladins vorzulegen. Wie schwierig es ist, wurde am 5. Oktober deutlich, als der britische Premierminister Tony Blair mit großem Aplomb verkündete, die Verantwortung von Bin Ladin und der Taliban sei »zweifelsfrei« erwiesen. Die vorgelegte Dokumentati-

on muß den intensivsten Recherchen entsprungen sein, die es je in der Geschichte gegeben hat. Alle westlichen und einige andere Geheimdienste waren daran beteiligt. Trotz der Plausibilität der Anschuldigung ist die Beweislage jedoch erstaunlich dünn und dürftig. Nur ein kleiner Teil bezieht sich überhaupt auf die Anschläge vom 11. September und würde als Belastungsmaterial gegen westliche Staatsverbrecher oder ihre Satelliten nicht ernst genommen. Das *Wall Street Journal* beschrieb die Unterlagen als »Schuldzuweisung, die kaum als Beweismaterial bezeichnet werden kann« und verwies den Artikel auf eine der hinteren Seiten. Außerdem zitiert die Zeitung einen hochrangigen US-Regierungsbeamten, der sagte: »Der Verbrechensfall selbst ist irrelevant. Es geht darum, Mr. Bin Ladin und seine Organisation auszulöschen.« Die Dokumentation dient vor allem dazu, daß Blair, der Generalsekretär der Nato und andere der Welt versichern können, die Beweise seien »eindeutig und zwingend«.

Ob das im Mittleren Osten auch so gesehen wird, ist fragwürdig. Berichten von Robert Fisk zufolge reagiert die Bevölkerung eher skeptisch, während die Regierungen und ihre Organisationen für den Schulterschluß mit dem Westen eigene Gründe haben. Außerdem läßt sich fragen, warum Washingtons Propagandaspezialisten Blair den Fall präsentieren ließen. Vielleicht sollte der Eindruck erweckt werden, er habe noch »aus Sicherheitsgründen« ganz überzeugende Beweismaterialien in der Hinterhand. Oder man hoffte auf eine gelingende Churchill-Imitation.

Außerdem lauern im Hintergrund weitere Minenfelder, die von den Strategen sorgfältig berücksichtigt werden müssen. Die indische Schriftstellerin Arundhati Roy bemerkt sehr treffend: »Die Reaktion der Taliban auf die

Forderung der USA, Bin Ladin auszuliefern, war ungewöhnlich vernünftig: Zeigt uns die Beweise, und wir geben ihn euch. Präsident Bush reagierte mit der Bemerkung, das sei keine Frage von Verhandlungen.« Sie fügt einen der Gründe hinzu, warum ein solches Vorgehen für die USA unakzeptabel ist: »Wenn es um Auslieferungen geht, würde Indien gerne einen Nebenantrag auf die Auslieferung des US-Bürgers Warren Andersen stellen. Er war der Vorsitzende der Union Carbide und als solcher verantwortlich für den Giftgasunfall in Bhopal, der 1984 16 000 Menschen tötete. Wir haben die notwendigen Beweise. Es steht alles in den Akten. Könnten wir ihn, bitte, haben?«¹

Wir brauchen keine Beispiele zu erfinden. Die Regierung Haitis hat die Vereinigten Staaten um die Auslieferung von Emmanuel Constant ersucht, einen der brutalsten paramilitärischen Führer zu der Zeit, als die Regierungen Bush sen. und Clinton (anders als gern geglaubt wird) der damals herrschenden Junta und ihrer reichen Wählerschaft stillschweigende Unterstützung gewährten. Constant wurde in Haiti für seine Verantwortung für die Massaker in Abwesenheit zu einer lebenslangen Gefängnisstrafe verurteilt. Ist er ausgeliefert worden? Haben die Medien sich um die Angelegenheit gekümmert? Die Antworten fallen negativ aus, und dafür gibt es handfeste Gründe: Die Ausweisung könnte zur Aufdeckung unliebsamer Verbindungen zwischen Washington und der Junta führen. Und überdies sind bei den von ihm initiierten Greuelthaten ja nur etwa 5000 Personen umgekommen. Solche Beobachtungen rufen bei vielen Leuten im Westen, die sich als Liberale bezeichnen, wahre Wutanfälle hervor. Aber für den, der seine moralische Integrität bewahrt hat, und auch für viele Opfer sind diese Beispiele höchst instruktiv.

Der von Arundhati Roy erwähnte Fall gehört sogar noch zu den geringfügigeren, auch weil es sich dabei nicht um ein Staatsverbrechen handelte. Nehmen wir an, der Iran würde die Auslieferung hoher Beamter der Regierungen Carter und Clinton fordern, jedoch die Beweise - die es gibt - für die von ihnen ins Werk gesetzten Verbrechen verweigern. Oder Nicaragua würde die Auslieferung des neuernannten UN-Botschafters der USA fordern, eines Mannes, der in Honduras, praktisch einem Lehenbesitz der Vereinigten Staaten, als (wie er genannt wurde) »Prokonsul« tätig war, wo er die Verbrechen der von ihm unterstützten Staatsterroristen aus nächster Nähe beobachten konnte, und der von dort aus den terroristischen Krieg gegen Nicaragua kontrollierte. Wären die USA bereit, diese Personen auszuliefern? Oder würde die Forderung bloß Gelächter hervorrufen?

Und das wäre nur der Anfang. Besser, man läßt die Türen geschlossen und bewahrt das hoheitliche Schweigen, das herrscht, seit jemand, der die vom Internationalen Gerichtshof als Terrorismus verurteilten Operationen leitete, nun dazu berufen wurde, einen »Krieg gegen den Terrorismus« zu führen. Da würde es selbst Jonathan Swift die Sprache verschlagen.

Vielleicht ist das der Grund, warum die PR-Experten der Regierung den mehrdeutigen Ausdruck »Krieg« dem unzweideutigen Ausdruck »Verbrechen« vorzogen. Der Anschlag vom 11. September war, wie Robert Fisk, Mary Robinson und andere richtig sagten, ein »Verbrechen gegen die Menschheit«.

Wie auf Gewalt reagieren?

Wenn Staaten angegriffen werden, verteidigen sie sich, sofern sie dazu in der Lage sind. Allerdings sind die wenigsten willens oder fähig, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, sonst hätten Nicaragua, Südvietnam, Kuba und viele andere Länder US-amerikanische Städte bombardieren müssen, und die Palästinenser hätten für ihre Anschläge in Israel Beifall verdient. Die Vergeltungsdoktrin hatte Europa nach zwei Weltkriegen an den Rand der Selbstvernichtung geführt, weshalb die Nationen der Welt danach sich bemühten, die zwischenstaatliche Politik anderen Grundsätzen zu unterstellen. So ist Gewaltanwendung nur als Reaktion auf einen bewaffneten Angriff erlaubt, bis der UN-Sicherheitsrat Maßnahmen zum Schutz von Frieden und Sicherheit ergreift. Vor allem sind Vergeltungsschläge verboten. Da die Vereinigten Staaten gemäß Artikel 51 der UN-Charta keinem bewaffneten Angriff ausgesetzt sind, sollte die Reaktion entsprechend aussehen — zumindest, wenn wir befürworten, daß die Prinzipien der internationalen Rechtsprechung auch für uns gelten und nicht nur für unsere Gegner.

Außerdem wissen wir aus jahrhundertelanger Erfahrung, daß die von vielen Kommentatoren ins Feld geführte Doktrin der Vergeltung in einer Welt mit Massenvernichtungswaffen schnell zur finalen Katastrophe führen kann, weshalb die Europäer vor fünfzig Jahren sich dazu entschlossen, der Strategie wechselseitiger Vernichtung abzuschwören.

Terrorakte und »Freudenausbrüche«

Tatsächlich haben weltweit nur sehr wenige Menschen die Anschläge auf New York und Washington gefeiert; selbst in Regionen, die lange unter dem Stiefel der USA standen, wurden diese Verbrechen zutiefst bedauert. Ich möchte dennoch auf zwei ganz groteske Beispiele für Freudentaumel angesichts terroristischer Gewalttaten verweisen.

1965 putschte sich, von den USA unterstützt, in Indonesien die Armee an die Macht. Danach kam es zur Ermordung von hunderttausenden Indonesiern, die meisten davon Bauern ohne Landbesitz. Die CIA verglich die Greueltaten mit den Verbrechen von Hitler, Stalin und Mao. Im Westen gab es dazu eine umfangreiche Berichterstattung, die in den US-Medien und anderenorts unbändige Euphorie auslöste.

Als Nicaragua unter den US-Angriffen zusammenbrach, lobten die großen Zeitungen und Zeitschriften den Erfolg der eingesetzten Methoden, nämlich die »Zerstörung der Wirtschaft und die Betreibung eines langen und tödlichen Stellvertreterkriegs, bis die erschöpfte Bevölkerung die unerwünschte Regierung von selbst stürzt«, wobei für uns nur »minimale« Kosten entstehen, während den Opfern »zerstörte Brücken, beschädigte Kraftwerke und ruinierte Bauernhöfe« bleiben. Dadurch kann der von den USA favorisierte Präsidentschaftskandidat »auf Siegerkurs« gehen und »die Verarmung der nicaraguanischen Bevölkerung« beenden, schrieb *Time* damals. Über diesen Ausgang sind wir, wie es in der *New York Times* hieß, »in Freude vereint«.

Im übrigen ist der jetzt von Bush verkündete »Krieg gegen den Terrorismus« nichts Neues und schon gar nicht das, was zu sein er beansprucht. Wir sollten uns daran er-

Innern, daß die Regierung Reagan vor zwanzig Jahren ihr Amt mit der Verkündigung antrat, der »internationale Terrorismus« (der damals noch weltweit von der Sowjetunion gefördert wurde) sei die größte Bedrohung für die USA, ihre Verbündeten und Freunde. Folglich mußten wir uns in einen Krieg stürzen, um diesen »Krebs«, diese »Pest«, die die Zivilisation zerstörte, auszurotten. Folglich organisierten die Reaganisten weltweite Feldzüge, deren Terrorismus außerordentliche Zerstörungen hervorrief und sogar zu einer Verurteilung durch den Internationalen Gerichtshof führte. Außerdem unterstützten die USA zahlreiche ausländische Terrorregierungen wie etwa in Südafrika, wo allein während der Amtszeit der Regierung Reagan eineinhalb Millionen Menschen getötet und Sachschäden in Höhe von sechzig Milliarden Dollar verursacht wurden. Die Hysterie über den »internationalen Terrorismus« erreichte ihren Höhepunkt in den achtziger Jahren, während die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten den Krebs, den auszurotten sie forderten, eifrig selbst verbreiteten.

Wir können in einer Welt bequemer Illusionen leben oder aber, wenn wir es wollen, die jüngstvergangene Geschichte mitsamt den unverändert gebliebenen institutionellen Strukturen und den Plänen, die verkündet wurden, betrachten - und die Fragen entsprechend beantworten. Ich sehe keinen Grund für die Annahme, daß die langfristigen Motivationen oder politischen Ziele sich, abgesehen von taktischen Anpassungen an gewandelte geändert haben sollten.

Zudem sollten wir uns daran erinnern, daß die Intellektuellen eine ihrer hervorragenden Aufgaben darin sehen, alle paar Jahre einen »Kurswechsel« zu proklamieren und einen wie immer gearteten Schlußstrich unter die Vergan-

genheit zu ziehen, während wir in eine ruhmreiche Zukunft marschieren.

Zu all diesen Problemen gibt es eine umfangreiche Literatur. Man muß lediglich die Tatsachen bedenken, die natürlich den Opfern wohlbekannt sind, wenngleich nur wenige von ihnen das Ausmaß oder das Wesen der terroristischen Angriffe, denen sie ausgesetzt sind, zu erkennen vermögen.

Man kann nur hoffen, daß die Attentate vom 11. September nicht zu Terrorangriffen auf Zivilisten im Ausland einerseits und zu einer Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten in den USA und andernorts andererseits führen, obwohl man die Fähigkeit gutgeölter Propagandamaschinerien, die Menschen zu irrationalen, mörderischen und selbstmörderischen Verhaltensweisen zu treiben, nicht unterschätzen darf. Nehmen wir ein Beispiel, das zeitlich lange genug zurückliegt, um mit einiger Leidenschaftslosigkeit betrachtet zu werden: den Ersten Weltkrieg. Alle Beteiligten zogen in einen ihrer Ansicht nach edlen Krieg, in dem sie für die höchsten Ziele kämpften. Die Soldaten marschierten mit außergewöhnlicher Begeisterung in die Schlacht und das Schlachten, begleitet und bestärkt von Beifallsrufen der Intellektuellen und ihrer Helfershelfer von links bis rechts, eingeschlossen die seinerzeit weltweit stärkste politische Kraft der Linken, die deutsche Sozialdemokratie. Die Ausnahmen lassen sich praktisch an einer Hand abzählen, und für manche prominenten Kritiker des Krieges endete das pazifistische Engagement im Gefängnis, wie etwa für Rosa Luxemburg, Bertrand Russell und den amerikanischen Pazifisten und Arbeiterführer Eugene Debs. Dank der Unterstützung von Woodrow Wilsons Propagandaagenturen und dem enthusiastischen Beifall liberaler Intellek-

tueller wurden die Vereinigten Staaten, ein pazifistisches Land, innerhalb weniger Monate in eine anti-deutsche Hysterie gestürzt, voller Rachsucht gegen ein Land, das grausame Verbrechen begangen hatte, die jedoch zumeist vom britischen Propagandaministerium erfunden worden waren. Aber solche Entwicklungen sind nicht unvermeidbar, und wir sollten den zivilisatorischen Effekt der Bürgerrechtsbewegungen in diesem Land nicht vergessen. Wir müssen nicht der Katastrophe entgegeneilen, nur weil entsprechende Marschbefehle ausgegeben wurden.

Anmerkung

- 1 *Guardian* vom 29. September 2001.

V. Terrorismus und Zivilisation

Staatliche Gewalt im Zeichen des »Kriegs gegen den Terrorismus«

An einem konkreten Beispiel will ich zeigen, was die Ausweitung staatlicher Gewaltmaßnahmen im Kampf gegen den Terrorismus bedeuten kann. Am 21. September druckte die *New York Times* einen Kommentar von Michael Walzer, einem geachteten Intellektuellen, der als moralische Instanz gilt.¹ Er rief zu einem »ideologischen Feldzug auf, bei dem alle Argumente und Entschuldigungen für den Terrorismus aufgeboten und widerlegt« werden sollten. Da er weiß, daß es für den von ihm gemeinten Terrorismus keine vernünftigen Argumente und Entschuldigungen gibt, läuft seine Aufforderung eigentlich darauf hinaus, die Ursachen für die Terrorakte gegen die von ihm unterstützten Staaten nicht näher zu erforschen. Dann schließt er sich auf konventionelle Weise denen an, die »Argumente und Entschuldigungen für den Terrorismus« vortragen, wobei er den politischen Mord stillschweigend billigt, genauer, den politischen Mord von Israelis an Palästinensern, die der Unterstützung des Terrorismus verdächtigt werden, ohne daß Beweise vorgelegt oder für notwendig befunden werden und in vielen Fällen der Verdacht selbst unbegründet erscheint. Auch die unvermeidlichen »Kollateralschäden« - Frauen, Kinder, Nachbarn - werden in gewohnter Manier abgehakt. Von

den USA zur Verfügung gestellte Angriffshubschrauber werden seit zehn Monaten für solche Morde benutzt.

Walzer setzt den Ausdruck »politischer Mord« in Anführungszeichen, weil er seiner Meinung nach in den Rahmen der »von Leidenschaft getrüben und höchst verzerrten Berichte über die Blockade des Irak und den Konflikt zwischen Israel und Palästina« gehört. Er bezieht sich dabei auf kritische Äußerungen über die von den USA gedeckten israelischen Greuelthaten in den Gebieten, die seit 35 Jahren unter einer brutalen Besatzung zu leiden haben, sowie auf Kritik an der Politik gegenüber dem Iran, die Saddam Hussein stärkte, aber die irakische Zivilgesellschaft zerstörte. Derlei Kritik ist in den USA nicht gerade sehr verbreitet, aber für Walzer offenbar schon zu viel. Mit den »verzerrten Berichten« meint er vielleicht gelegentliche Hinweise auf die Äußerung der damaligen Außenministerin, Madeleine Albright, die im öffentlichen Fernsehen gefragt wurde, was sie von Schätzungen halte, denen zufolge aufgrund der amerikanischen Sanktionspolitik eine halbe Million Kinder im Irak sterben müßten. Das sei zwar hart, meinte sie, »aber wir glauben, es ist den Preis wert«.

Daran läßt sich erläutern, was die »Lockerung staatlicher Gewaltmaßnahmen« tatsächlich bedeutet. Viele mörderische Staaten haben ihre Handlungen mit dem »Kampf gegen den Terrorismus« gerechtfertigt, wie etwa die Nationalsozialisten ihr Vorgehen gegen die Partisanen. Und es finden sich immer wieder respektable Intellektuelle, die solche Verbrechen rechtfertigen.

Ein weiteres Beispiel stammt aus der jüngsten Geschichte. Im Dezember 1987, als die Besorgnis über den internationalen Terrorismus ihren Höhepunkt erreichte, nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen

eine grundlegende Resolution zu diesem Thema an, in der sie den Terrorismus umstandslos verurteilte und die Nationen dazu aufrief, ihn mit aller Macht zu bekämpfen. Die Resolution erhielt 153 Ja-Stimmen; Honduras enthielt sich, und nur die Vereinigten Staaten und Israel stimmten dagegen, weil sie eine Passage beanstandeten, in der es hieß, daß »das aus der UN-Charta abgeleitete Recht auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit von den Bestimmungen dieser Resolution unberührt bleibt, und Völker, denen dieses Recht gewaltsam vorenthalten wird... insbesondere Völker unter kolonialen und rassistischen Regimes und fremder Besatzung oder anderen Formen kolonialer Herrschaft... das Recht haben, darum [in Übereinstimmung mit der Charta und anderen internationalen Rechtsprinzipien] zu kämpfen und Unterstützung zu fordern und zu erhalten«. Das wurde von den USA und Israel ebenso wenig akzeptiert wie von ihrem damaligen Verbündeten Südafrika. Für Washington war der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) eine »terroristische Organisation«, aber Südafrika galt natürlich nicht (wie zum Beispiel Kuba) als »terroristischer Staat«. Natürlich zeitigt Washingtons Interpretation von »Terrorismus« in der Praxis Folgen, unter denen die Menschen zu leiden haben.

Im Augenblick ist häufig davon die Rede, eine umfassende Konvention gegen den Terrorismus zu formulieren, was keine leichte Aufgabe sein dürfte. Der Grund, der in den Berichten meist verschwiegen wird, liegt darin, daß die USA und ihre Verbündeten eine Passage wie die eben zitierte zu akzeptieren nicht bereit sind, wenn die Definition von Terrorismus mit den offiziellen Definitionen im US-Strafgesetzbuch oder in den Armeehandbüchern übereinstimmt. Sie muß also so umformuliert werden,

daß sie den Terrorismus **der Mächtigen und ihrer** Satelliten ausschließt.

Der Terror und die »internationale Staatengemeinschaft«

Die »internationale Staatengemeinschaft« wendet sich gegen den Terror der Mächtigen ebenso wie gegen die schrecklichen Verbrechen vom 11. September. Aber die »internationale Staatengemeinschaft« handelt nicht. Wenn westliche Staaten und Intellektuelle sich dieses Ausdrucks bedienen, meinen sie die westliche Staatengemeinschaft. Ihrer Rhetorik zufolge wurde die Bombardierung Serbiens durch Nato-Streitkräfte von der »internationalen Staatengemeinschaft« durchgeführt, obwohl alle, die nicht ihren Kopf in den Sand gesteckt hatten, wußten, daß diese Bombardierung von den meisten Staaten, oftmals ganz explizit, abgelehnt wurde. Wer die Aktionen der reichen und mächtigen Nationen nicht unterstützt, gehört eben nicht zur »internationalen Staatengemeinschaft«, so wie »Terrorismus« üblicherweise bedeutet: »Terrorismus, der sich gegen uns und unsere Freunde richtet«.

Es kann nicht überraschen, daß die Taliban in Afghanistan jetzt die USA bei ihrer Suche nach Verbündeten nachahmen und die islamischen Staaten um Unterstützung bitten. Sie dürften allerdings sehr viel weniger Erfolg haben. Selbst wenn sie von der übrigen Welt wenig wissen, wird den Taliban durchaus bekannt sein, daß die islamischen Staaten ihnen alles andere als freundlich gesonnen sind, waren sie doch wiederholt terroristischen Angriffen seitens jener radikal-islamistischen Streitkräfte

ausgesetzt, die vor zwanzig Jahren für den Heiligen Krieg gegen die Sowjetunion organisiert und ausgebildet wurden und schon bald danach ihre eigenen terroristischen Ziele zu verfolgen begannen.

Kampf zwischen zwei Zivilisationen?

Das ist eine modische, aber wenig sinnvolle Redeweise. Nehmen wir einige vertraute historische Beispiele. Der bevölkerungsreichste islamistische Staat ist Indonesien, ein von den USA gehätschelter Liebling, seit Suharto 1965 dort die Macht übernahm und mit US-amerikanischer Unterstützung ein riesiges Blutbad anrichtete, was im Westen eine Euphorie auslöste, die sich im nachhinein so verwirrend ausnimmt, daß sie aus der Erinnerung gelöscht wurde. Suharto blieb auch »unser Typ«, wie ihn die Regierung Clinton nannte, als er Verbrechen beging, deren Ausmaß im späten zwanzigsten Jahrhundert kaum eine Parallele finden.

Der fundamentalistischste aller Islam-Staaten neben den Taliban ist Saudi-Arabien, seit seiner Gründung ein Satellit der USA. In den achtziger Jahren bildeten die Vereinigten Staaten, unterstützt vom pakistanischen Geheimdienst sowie Saudi-Arabien, Großbritannien und anderen, die extremistischsten islamischen Fundamentalisten aus, die sie finden konnten, um den Sowjets in Afghanistan den größtmöglichen Schaden zuzufügen. Diese Bemühungen, so Simon Jenkins in der Londoner *Times*, »zerstörten ein gemäßigtes Regime und führten zu einem fanatischen, das aus Gruppen bestand, die rücksichtslos von den Amerikanern finanziert wurden« (wobei die meisten Gelder vermutlich aus saudi-arabischen Quellen

stammten). Zu denen, die indirekt davon profitierten, gehörte Usama Bin Ladin.

Ebenfalls in den achtziger Jahren unterstützten die USA und Großbritannien ihren Freund und Verbündeten Saddam Hussein, der zwar nicht sonderlich religiös war, aber, trotz seiner diversen Greueltaten, doch auf der »islamischen« Seite des »Kampfes der Kulturen« stand.

Und genau zu jener Zeit trugen die Amerikaner einen Krieg in Mittelamerika aus, der an die 200 000 gefolterte und verstümmelte Leichen sowie Millionen von Waisen und Flüchtlingen hervorbrachte. Ein Hauptangriffsziel der USA war die katholische Kirche, die dazu aufrief, sich für die Armen einzusetzen.

Zu Beginn der neunziger Jahre machten die USA, vor allem aus zynischen Machterwägungen heraus, bosnische Muslime zu ihren Satelliten, was diesen indes nicht gut bekam.

Wo also finden wir den »Clash«, den »Kampf der Kulturen«? Müssen wir folgern, daß es einen »Zusammenstoß« mit der katholischen Kirche in Lateinamerika auf der einen und den USA samt der islamischen Welt und ihren radikalsten Elementen auf der anderen Seite gibt? Natürlich ziehe ich eine solche Absurdität nicht in Erwägung. Aber was müssen wir aus den Bündniskonstellationen vernünftigerweise folgern?

Für die von der CIA mobilisierten radikalen Islamisten und ihre Verbündeten ist klar, wen sie hassen. Die USA haben ihren Haß und ihre Gewalt unterstützt, solange sie sich gegen die Feinde der Vereinigten Staaten richteten. Jetzt erkennen sie mit Schrecken, daß das, was sie nährten, sich nun gegen sie selbst richtet.

Zwar sind die Angriffe vom 11. September keine »direkte« Folge der US-amerikanischen Politik, indirekt, das

ist unbestritten, aber schon. Es besteht kaum ein Zweifel daran, daß die Täter aus dem terroristischen Netzwerk kommen, dessen Wurzeln in den Söldnerarmeen liegen, die von den USA und anderen Ländern für den Kampf gegen die sowjetische Besatzung ausgebildet wurden. Die Hintergründe dieser ganzen Sache sind nach wie vor etwas dunkel. Dem ehemaligen Sicherheitsberater von Präsident Carter, Zbigniew Brzezinski, zufolge, begann der Aufbau dieser Streitkräfte 1979. Jedenfalls behauptet er, Mitte jenes Jahres für die geheime Unterstützung von Mudschahedin-Kämpfern gegen die afghanische Regierung gesorgt zu haben, um die Sowjets zum Einmarsch in Afghanistan zu verleiten. Tatsächlich schickte die Regierung der UdSSR sechs Monate später Truppen in das Land, um die Regierung zu stützen. Die Folgen sind bekannt. Die Vereinigten Staaten bauten ein riesiges Söldnerheer aus radikalen Islamisten auf, die zumeist nicht aus Afghanistan stammten, sondern, wie Bin Ladin, aus anderen Ländern der Region kamen.

Bin Ladin schloß sich den Kämpfern in den achtziger Jahren an. Er war an der Gründung der Terrororganisationen beteiligt, die wahrscheinlich noch heute existieren. Sie kämpften gegen die sowjetische Besatzungsmacht, trugen den Terror in das Gebiet der UdSSR und gewannen den Krieg, um dann ihren Aktionsradius zu erweitern. 1981 ermordeten sie Anwar el-Sadat, und 1983 vertrieben sie mit einem Selbstmordattentat das US-Militär aus dem Libanon.

1989 hatten sie ihren Heiligen Krieg in Afghanistan gewonnen. Als die USA in Saudi-Arabien militärische Stützpunkte errichteten, war das nach Meinung dieser Krieger mit der sowjetischen Besetzung von Afghanistan zu vergleichen, und so wurden die Vereinigten Staaten,

zusammen mit Ägypten und Saudi-Arabien zu ihrem Hauptfeind.

1997 ermordeten sie in Ägypten an die sechzig Touristen und brachten die dortige Fremdenverkehrsindustrie an den Rand des Abgrunds. Seit Jahren erstrecken sich ihre Aktivitäten auch auf andere Regionen und Länder. Das ist eine Folge des Kriegs gegen die Sowjets und die von ihnen gestützte Regierung Afghanistans. Ihr Haß auf die Amerikaner wird, wie erwähnt, von vielen Bewohnern der arabischen Länder geteilt.

Die »Kultur des Terrorismus«

Die USA bleiben vorerst das einzige Land, das vom Internationalen Gerichtshof des internationalen Terrorismus beschuldigt und wegen »ungesetzlicher Anwendung von Gewalt« zu politischen Zwecken - so die Begründung - verurteilt wurde. Die Vereinigten Staaten scherten sich nicht darum und eskalierten den Krieg gegen Nicaragua weiter, wobei die offizielle Politik darin bestand, »weiche Ziele« wie Landwirtschaftskollektive und Krankenhäuser anzugreifen, nicht aber die nicaraguanische Armee. Die Terroristen konnten diese Instruktionen durchführen, weil die US-Luftwaffe den Luftraum über Nicaragua beherrschte und die Gegner der Sandinisten über hervorragende Kommunikationsnetze verfügten.

Die terroristischen Aktionen fanden in den US-Medien breite Zustimmung. Ein bekannter Kommentator aus dem liberalen Lager, Michael Kinsley, meinte, wir sollten die Begründungen des Außenministeriums für terroristische Angriffe auf »weiche Ziele« nicht einfach verwerfen: eine »sensible Politik« müsse »den Test der Kosten-Nutzen-

Analyse bestehen«, das heißt »das Ausmaß von Blut und Elend« abwägen gegen »die Wahrscheinlichkeit, daß am Ende die Demokratie steht« - »Demokratie« im Sinne der USA, natürlich. Daß die US-Eliten das Recht haben, die Analyse durchzuführen und das Projekt umzusetzen, falls der Test positiv ausfällt, wird für selbstverständlich gehalten.

Darüber hinaus hielt man die Vorstellung, daß Nicaragua ein Recht darauf habe, sich selbst zu verteidigen, für skandalös. Die USA übten Druck auf die Verbündeten aus, Nicaragua nicht weiter mit Waffen zu beliefern, um das Land in die Arme der Sowjetunion zu treiben, was dann auch passierte und propagandistisch ausgeschlachtet werden konnte. Die Regierung Reagan setzte wiederholt Gerüchte in Umlauf, denen zufolge Nicaragua russische Kampffjets erhalte - die die Sandinisten auch durchaus für die Verteidigung des Luftraums gegen Angriffe auf »weiche Ziele« hätten brauchen können. Die Gerüchte waren falsch, aber die Reaktion sehr bezeichnend. Liberale Pazifisten bezweifelten zwar die Kolportage, meinten aber, falls sie doch zuträfe, müsse Nicaragua bombardiert werden, weil sonst unsere Sicherheit bedroht sei. Datengestützte Nachforschungen würden kaum Hinweise darauf ergeben, daß Nicaragua das Recht besitze, sich zu verteidigen. Das besagt eine Menge über die im Westen tief verwurzelte »Kultur des Terrorismus«.

Ebenfalls in den achtziger Jahren führten die USA auch im Mittleren Osten terroristische Aktionen großen Umfangs durch, wie etwa die (bereits erwähnte) Zündung einer Autobombe vor einer Moschee in Beirut, die zwar viele Zivilisten tötete, ihr eigentliches Ziel, einen muslimischen Geistlichen, jedoch verfehlte. Und die Vereinigten Staaten unterstützten den Terror Israels gegen die

Palästinenser. Die Invasion im Libanon forderte an die 18 000 Opfer, zumeist palästinensische und libanesische Zivilisten, und sie geschah, wie sogleich zugegeben wurde, nicht aus Gründen der Selbstverteidigung. In den darauffolgenden Jahren kam es zu weiteren Greueln, als Israel gegen »terroristische Dorfbewohner« vorging. Auch die Invasionen von 1993 und 1996 wurden von den USA unterstützt, bis die internationalen Reaktionen auf das Massaker von Qana 1996 Clinton zu einer Kehrtwendung zwangen. Allein im Libanon sind nach 1982 womöglich an die 20 000 Zivilisten umgekommen.

In den neunziger Jahren lieferten die USA achtzig Prozent der Waffen, die von der Türkei in ihrem Feldzug gegen die Kurden im Südosten einsetzten. Zehntausende starben dabei, bis zu drei Millionen Menschen wurden vertrieben, 3500 Dörfer zerstört (zehnmal so viel wie von den Bomben der Nato im Kosovo). Der Umfang der Waffenlieferungen nahm 1984, als die Türkei mit den Angriffen begann, dramatisch zu und ging erst 1999, als die Greueln ihr Ziel erreicht hatten, wieder zurück. Danach wurde Kolumbien, in den neunziger Jahren der lateinamerikanische Staat mit dem größten Ausmaß an Menschenrechtsverletzungen, zum führenden Empfänger US-amerikanischer Waffenlieferungen.

In Ost-Timor wurden die indonesischen Aggressoren auch weiterhin von den USA (und Großbritannien) unterstützt. Sie hatten bereits ein Drittel der Bevölkerung ausgerottet und setzten Anfang September 1999 zu einem entscheidenden Schlag an, der 85 Prozent der Bevölkerung aus ihren Häusern vertrieb und das Land zu 70 Prozent zerstörte, während die Regierung Clinton an ihrer Position festhielt, das Ganze liege »in der Verantwortung der indonesischen Regierung, die wir ihr nicht abnehmen

wollen«. Kurz danach jedoch geriet Clinton unter erheblichen innen- und außenpolitischen Druck (vor allem durch Australien), die Kämpfe in Ost-Timor zu beenden. Schließlich signalisierte er den indonesischen Generälen, das jetzt Schluß gemacht werden müsse. Sie änderten ihren Kurs sofort. Zunächst hatten sie noch darauf bestanden, sich nicht aus Ost-Timor zurückzuziehen und richteten im indonesischen West-Timor Verteidigungsanlagen (bestückt mit britischen Kampfbombern, die weiterhin geliefert wurden) ein, um gegen eine eventuelle Interventionsstreitmacht gerüstet zu sein. Aber dann wichen sie dem Druck der amerikanischen Regierung und kündigten den Rückzug an. Ein UN-Friedenskorps unter australischer Führung konnte ungehindert in Ost-Timor landen. Das zeigt sehr deutlich, daß die USA ihren Einfluß schon sehr viel eher hätten geltend machen und der seit fünfundzwanzig Jahren betriebenen Ausrottungspolitik Einhalt gebieten können. Statt dessen leisteten sie 1978, als der Krieg eskalierte, den Mördern entscheidende militärische und diplomatische Hilfe.

Wir lernen sehr viel über die westliche Zivilisation, wenn wir sehen, daß diese schändlichen Vorgänge als Beweis für unsere neue Entschlossenheit zu einer »humanitären Intervention« und als Rechtfertigung für die Bombardierung Serbiens herhalten müssen.

Was unter »Terrorismus« zu verstehen ist

Ich verstehe den Begriff »Terrorismus« so, wie ihn die offiziellen US-Dokumente definieren, nämlich als »kalkulierte Anwendung oder Androhung von Gewalt, um Ziele zu erreichen, die ihrem Wesen nach politisch, religiös

oder ideologisch sind. Das geschieht durch Einschüchterung, Zwang oder die Verbreitung von Furcht.« In Übereinstimmung mit dieser - völlig angemessenen — Definition ist der Angriff vom 11. September zweifellos ein terroristischer Akt, besser gesagt: ein schreckenerregendes terroristisches Verbrechen. Darüber herrscht weltweit Einigkeit und sollte es auch.

Aber neben dieser wörtlichen Bedeutung gibt es noch eine propagandistische, die unglücklicherweise die Norm ist: Hier wird der Begriff »Terrorismus« benutzt, um terroristische Handlungen zu bezeichnen, die von Feinden gegen uns oder unsere Verbündeten begangen werden. Diese propagandistische Bedeutung ist nahezu universell. Dieser »Terrorismus« wird von allen verurteilt. Auch die Nationalsozialisten wandten sich gegen ihn und lancierten »gegen-terroristische« Angriffe, um die Partisanen abzuwehren.

Die Vereinigten Staaten verfahren nach dem Zweiten Weltkrieg kaum anders, als sie in vielen Ländern »Gegen-Terrorismus« (*counter-terrorism*) betrieben. Ihre Programme beriefen sich ganz explizit auf nationalsozialistische Vorbilder: Offiziere der deutschen Wehrmacht wurden um Rat gefragt und ihre Handbücher genutzt, um weltweit aufständische und rebellierende Gruppen mittels *counter-insurgency* zu bekämpfen. In der propagandistischen Verwendung des Begriffs »Terrorismus« können dieselben Menschen und Handlungen sehr schnell von »Terroristen« zu »Freiheitskämpfern« (und umgekehrt) werden.

Ein Beispiel ist das Kosovo. Hier wurden die Truppen der »Kosovo-Befreiungsarmee« (KLA-UCK) 1998 von der US-Regierung offiziell als »Terroristen« bezeichnet, weil sie serbische Polizisten und Zivilisten angriffen, um, wie sie selbst erklärten, eine übermäßig brutale Reaktion

Serbiens zu provozieren. Noch im Januar 1999 meinten die Briten — in dieser Angelegenheit die schärfsten Falken in der Nato —, daß die KLA-UCK mehr Personen getötet habe als die serbischen Streitkräfte. Das ist zwar schwer vorstellbar, sagt uns aber etwas über die Wahrnehmungsmuster in hohen Nato-Kreisen. Den umfangreichen Dokumentationen zufolge, die vom US-Außenministerium, der Nato und der OSZE vorgelegt wurden, änderte sich an der Lage bis zum Abzug der OSZE-Überwacher und den Bombardements von Ende März 1999 substantiell nichts. Aber die Politik änderte sich: Die USA und Großbritannien entschlossen sich zu einem Angriff auf Serbien, und damit wurden die »Terroristen« der KLA-UCK zu »Friedenskämpfern«. Als sie nach dem Krieg in Mazedonien, einem US-Verbündeten, aus (wie sie meinten) ähnlichen Gründen ähnlich handelten, waren sie wieder »Terroristen«, »Verbrecher« und »Mörder«.

Alle verurteilen den Terrorismus, aber man muß wissen, was darunter jeweils verstanden wird. Ich habe zu diesem Thema in den letzten Jahrzehnten viel geschrieben, dabei den Begriff aber immer im wörtlichen Sinn gebraucht. Insofern verurteile ich alle terroristischen Aktionen, nicht nur die, welche aus propagandistischen Gründen so genannt werden.

Anmerkung

- 1 *Anm. d. Üb.:* Michael Walzer ist Professor für Sozialwissenschaften in Princeton und gilt in der Politischen Philosophie als Vertreter des Kommunitarismus. Viele seiner Werke wurden ins Deutsche übersetzt, wie etwa *Exodus und Revolution*, *Sphären der Gerechtigkeit*, *Kritik und Gemeinsinn*.

VI. Der Angriff und seine Folgen

Die Lage in Afghanistan

Fünf Tage nach den Anschlägen auf New York und Washington berichtete John Burns, Korrespondent der *New York Times*, aus Islamabad: »Washington hat [von Pakistan] die Einstellung der Versorgung mit Brennstoffen... und den Stopp von Lastwagenkonvois, die Afghanistans Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln und anderen Gütern versorgen, gefordert.«¹ Bemerkenswerterweise rief der Bericht im Westen keinerlei Reaktionen hervor; ein weiterer Hinweis auf den Charakter der westlichen Zivilisation, die deren Politiker und intellektuellen Eliten beanspruchen aufrechtzuerhalten. Pakistans Regierung kam den Forderungen Washingtons nach. Am 27. September berichtete Burns, Regierungsbeamte in Pakistan hätten gesagt, »sie würden ihre Entscheidung, die etwa 2000 km lange Grenze zu Afghanistan abzuriegeln, in die Tat umsetzen. Die Regierung Bush habe diese Vorgehensweise gefordert, um sicherzugehen, daß sich unter den Flüchtlingsmassen keine Leute aus Bin Ladins Organisation versteckt hielten.« Drei Tage später schreibt ein anderer Korrespondent: »Die Drohung eines Militärschlags beschleunigte den Abzug von Mitarbeitern internationaler Hilfsorganisationen, wodurch die Weiterführung entsprechender Programme und Aktionen stark gefährdet ist.« Flucht-

linge, die Pakistan »nach vielen Strapazen erreichen, beschreiben Szenen der Verzweiflung und Furcht, weil die Drohung eines Militärschlags unter amerikanischer Führung ihr langwährendes Elend in eine Katastrophe münden lassen könnte.«² »Das Leben im Land hing an einem seidenen Faden«, berichtet ein evakuierter Mitarbeiter einer Hilfsorganisation, »den wir gerade durchgeschnitten haben.«³

Der führenden Zeitschrift der Welt zufolge handelte Washington sofort, wobei Tod und Leiden ungezählter Afghanen in Kauf genommen wurden, von denen Millionen ohnehin schon dem Hungertod nahe waren. Darauf nämlich laufen die eben zitierten Worte hinaus.

Nach Washingtons Drohung, Afghanistan zu bombardieren und die Nordallianz in eine schwerbewaffnete Streitmacht zu verwandeln, haben sich große Menschenmengen auf den Weg zu den Grenzen gemacht. Natürlich fürchten sie, daß diese Streitkräfte, wenn sie erst einmal losschlagen können, jene Greuel-taten wiederholen, die das Land damals zerrissen und einen Großteil der Bevölkerung dazu brachten, die Taliban als Befreiung zu erfahren, weil diese Kriegsparteien, die Washington und Moskau jetzt für ihre eigenen Zwecke dienstbar machen wollen, von den radikal-islamistischen Milizen vertrieben wurden.

Die Führer der Nordallianz haben sich nicht mit Ruhm bedeckt, im Gegenteil. Joost Hiltermann, leitender Manager der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, hält ihre Herrschaft über Afghanistan, die von 1992 bis 1995 währte, für »die schlimmste Epoche in der afghanischen Geschichte«. Damals wurden Zehntausende Zivilisten getötet; es gab Massenvergewaltigungen und andere Verbrechen. 1997 ermordeten, Human Rights Watch zufol-

ge, Truppen der Nordallianz 3000 Kriegsgefangene und führten auch in Gegenden, wo sie Taliban-Sympathisanten vermuteten, massive »ethnische Säuberungen« durch, wobei sie viele niedergebrannte Dörfer zurückließen.⁴

Zudem dürfte der Terror der Taliban-Milizen, der schon schlimm genug wütete, als Reaktion auf eben die Erwartungen, die zu den Flüchtlingsströmen führte, noch stärker geworden sein.

Wenn die Flüchtlinge die geschlossenen Grenzen erreichen, sitzen sie in der Falle. Nur wenige können über abgelegene Gebirgspässe entkommen. Keiner weiß, wie viele bereits auf der Flucht gestorben sind. Schon bald setzt der harte Winter ein. In den Flüchtlingslagern jenseits der Grenze gibt es einige Reporter und Angehörige von Hilfsorganisationen. Was sie beschreiben, ist schrecklich genug, aber sie (und wir) wissen, daß sie diejenigen sehen, die in der Lage waren, zu entkommen, und die der Hoffnung Ausdruck geben, »daß selbst die grausamen Amerikaner ein bißchen Mitleid mit unserem zerstörten Land haben« und diesen in aller Stille sich vollziehenden Völkermord beenden.⁵

Das World Food Program (WFP) der UNO konnte Anfang Oktober einige hundert Tonnen Lebensmittel mit Lastwagen nach Afghanistan bringen, obwohl Schätzungen zufolge damit nach dem Abzug der internationalen Hilfsorganisationen und dem dreiwöchigen Lieferungsstopp nach dem 11. September bestenfalls fünfzehn Prozent des Gesamtbedarfs abgedeckt werden konnten. Dann aber verkündete das WFP die Einstellung aller Konvois und der Verteilung von Lebensmitteln aufgrund der Luftangriffe vom 7. Oktober. Danach sei »das alptraumhafte Szenario von bis zu eineinhalb Millionen Flüchtlingen der Realität einen Schritt näher gekom-

men«, berichtete AFP unter Berufung auf Angehörige von Hilfsorganisationen. Ein Manager des WFP meinte, daß nun eine humanitäre Katastrophe drohe, »deren Umfang ich mir nicht vorzustellen wage«. Ein Sprecher des UNHCR warnte: »Wir stehen in Afghanistan vor einer humanitären Krise allergrößten Ausmaßes. Siebeneinhalb Millionen Menschen sind unzureichend mit Nahrungsmitteln versorgt und müssen befürchten, Hungers zu sterben.« Alle Hilfsorganisationen halten die Versorgung aus der Luft für den letzten Notanker und ziehen Lkw-Transporte vor, die fast das gesamte Land erreichen könnten. Hochrangige NGO-Vertreter äußerten die Ansicht, daß die geplanten Abwürfe von Lebensmitteln eher ein »Propagandainstrument als eine wirkliche Hilfe für die Afghanen« seien, weil hier »humanitäre Hilfe für zynische Propagandazwecke ausgeschlachtet« werde, während die Bombardements das einzig wirksame Mittel, große Mengen an Nahrung nach Afghanistan zu schaffen - Lkw-Konvois -, zum Erliegen gebracht hätten.⁶ Die Hilfsorganisationen übten »schneidende Kritik an den nächtlichen Lebensmittelabwürfen«. »Sie könnten ebenso gut Flugblätter abwerfen«, kommentierte ein britischer Helfer und spielte damit auf die Propagandabotschaften auf den Paketen an. WFP-Manager wiesen darauf hin, daß diese Abwürfe »Hilfskräfte am Boden [erforderten], die die Pakete aufsammeln« und verteilen, was »am Tage geschehen muß« und mit angemessener Vorwarnung.⁷

Wenn diese Angaben richtig sind, hatten die mit Lebensmittelabwürfen kombinierten Bombardements den Effekt, die hungernde Bevölkerung gerade nicht mit dem zu versorgen, was sie am dringendsten benötigte. Man kann nur hoffen, daß sich die schlimmsten Befürchtungen hinsichtlich Hungersnot und Massenflucht nicht bewahrheiten.

Allzu optimistisch darf man jedoch nicht sein. Ein im Innenteil der *New York Times* abgedruckter Bericht erwähnt beiläufig, daß es »Berechnungen der Vereinten Nationen zufolge bald siebeneinhalb Millionen Afghanen geben wird, die dringend wenigstens Brot benötigen... während Bomben fallen«. Die Lieferungen durch Lkws sind um die Hälfte reduziert worden, und der bevorstehende Wintereinbruch wird die Verteilung von Lebensmitteln noch komplizieren.⁸ Weitere Berechnungen werden nicht angestellt, dürften aber nicht zu schwierig sein. Es ist, was immer auch geschehen mag, bezeichnend, daß diese Fakten offensichtlich als Marginalien in der Planung auftauchen.

Die humanitäre Katastrophe ist bereits eingetreten und dürfte sich noch verschlimmern. Die bereits erwähnte indische Schriftstellerin Arundhati Roy hat die Situation auf höchst angemessene Weise beschrieben, als sie zur Operation »Unendliche Gerechtigkeit« (*Infinite Justice*) - so die zunächst von der Regierung Bush gewählte Bezeichnung - bemerkte: »Wir sind Zeugen der unendlichen Gerechtigkeit dieses neuen Jahrhunderts. Zivilisten verhungern, während sie darauf warten, getötet zu werden.«⁹

Ihr Urteil verliert nichts an Schärfe, nachdem PR-Spezialisten der Regierung erkannten, daß diese »Unendliche Gerechtigkeit« wohl doch zu sehr an Gott gemahnte. Es war ebenso ein Fehler, wie die Verwendung des Begriffs »Kreuzzug«. Also änderte man den Namen der Operation in »Dauerhafte Freiheit« (*Enduring Freedom*). Auch dazu erübrigt sich jeglicher Kommentar.

Am 25. September vermerkte die *New York Times* in einer Randnotiz, daß an die sechs Millionen Afghanen auf Lebensmittellieferungen von UN-Organisationen an-

gewiesen seien; hinzu kämen noch dreieinhalb Millionen in Flüchtlingslagern außerhalb Afghanistans, die offensichtlich versorgt werden müssen. Natürlich erkennen die Strategen, daß sie sich als humanitäre Helfer präsentieren müssen, denen daran gelegen ist, die schreckliche Tragödie abzuwenden, die sich nach den Angriffsdrohungen und der von den USA geforderten Schließung der Grenzen abzeichnete. »Experten drängen die Vereinigten Staaten, ihr Image zu verbessern, indem sie die Hilfe für afghanische Flüchtlinge verstärken und den Wiederaufbau der Wirtschaft unterstützen.«¹⁰ Selbst ohne PR-Spezialisten sollten die Regierungsbeamten begreifen, daß sie die Flüchtlinge wie auch die hungernde Bevölkerung in Afghanistan unterstützen müssen, nicht nur, »um Leben zu retten«, sondern »um bei der Suche nach Terrorgruppen Hilfe zu bekommen«.¹¹

Die Hilfsleistungen müssen so umfassend wie möglich sein, damit die Tragödie nicht in ein paar Wochen Wirklichkeit wird.

Was kommt nach den Taliban?

Die US-Regierung könnte den Prozeß des stillschweigenden Völkermords, der jetzt im Gange ist, weiterführen und ihn durch humanitäre Gesten ergänzen, um den Beifall derer zu erlangen, die angetreten sind, das Loblied der edlen politischen Führer zu singen, weil diese zum ersten Mal in der Geschichte »Grundsätzen und Werten« verpflichtet sind und die Welt in eine »neue Epoche« voller Idealismus führen, in der überall der »Unmenschlichkeit ein Ende« bereitet wird. Die Türkei schließt sich Washingtons »Krieg gegen den Terrorismus« nur allzu gern

an und ist sogar bereit, Bodentruppen zu entsenden, denn die Türken sind, wie Premierminister Ecevit betonte, den USA »besonderen Dank« schuldig, weil Washington, im Gegensatz zu den europäischen Ländern, »Ankara in seinem Kampf gegen den Terrorismus« unterstützt hat. Er meinte damit den bereits erwähnten Völkermord an den Kurden. Zudem lobte Washington die Türkei, weil sie sich den humanitären Bemühungen im Kosovo angeschlossen hatte, wo sie die gleichen von den USA gelieferten F-16-Kampfbomber einsetzte, die sie bei ihren eigenen »ethnischen Säuberungsaktionen« verwendet hatte. Außerdem könnte die Regierung versuchen, die Nordallianz in eine lebensfähige Streitmacht zu verwandeln und noch andere, ihr feindlich gesonnene *warlords* einbeziehen, wie Washingtons früheren Favoriten Gulbuddin Hekmatyar, der sich jetzt im iranischen Exil aufhält. Wahrscheinlich werden britische und US-amerikanische Kommandos in Afghanistan auf Terroristenjagd gehen und dabei die Bombardements so herunterschrauben, daß die Radikalislamisten nicht noch weiteren Zulauf erhalten.

Die jetzigen Aktionen sind allerdings mit der fehlgeschlagenen sowjetischen Invasion der achtziger Jahre nur bedingt vergleichbar. Die Sowjets sahen sich einer schlagkräftigen Armee von etwa 100 000 Soldaten gegenüber, die von der CIA und ihren Verbündeten ausgebildet und bewaffnet worden waren. Die US-Armee trifft auf einen zusammengewürfelten Haufen in einem Land, das seit mehr als zwanzig Jahren systematisch zerstört wurde, wofür ein nicht geringer Teil der Verantwortung bei uns liegt. Die Taliban-Milizen können, abgesehen von einem harten Kern, sehr schnell zusammenbrechen.

Zu erwarten ist, daß die Bevölkerung Afghanistans

eine Invasionsmacht begrüßt, sofern diese nicht allzu offensichtlich mit den mörderischen Banden verquickt ist, die das Land vor der Machtergreifung der Taliban an den Abgrund gewirtschaftet haben. Viele sind vielleicht schon so weit, daß sie selbst Dschingis Khan willkommen heißen würden.

Und was dann? Exilierte Afghanen und, wie es scheint, auch einige Personen, die nicht dem inneren Kreis der Taliban angehören, haben an die Vereinten Nationen appelliert, eine Übergangsregierung einzusetzen, damit das Land wieder stabilisiert wird. Das kann nur mit einer umfangreichen Aufbauhilfe gelingen, die über unabhängige und glaubwürdige Organisationen laufen muß. Die Verantwortung dafür liegt bei denen, die dieses verarmte Land zu dem gemacht haben, was es heute ist. Der Wiederaufbau ist nur möglich, wenn die reichen und mächtigen Nationen entsprechende Anstrengungen unternehmen. Gegenwärtig hat die Regierung Bush dergleichen ausgeschlossen und verkündet, die USA würden sich nicht am »nationalen Wiederaufbau« beteiligen — oder, so jedenfalls sah es am 30. September aus -, den sehr viel ehrenwerteren und humaneren Weg einschlagen, ohne sich einzumischen, substantielle Hilfe für einen Wiederaufbau durch andere Kräfte leisten, die dieses Unternehmen mit einiger Aussicht auf Erfolg in Angriff nehmen könnten. Aber diese Ablehnung muß ja keinen Ewigkeitswert besitzen.

Was in anderen Regionen geschieht, hängt von den jeweiligen politischen Konstellationen (bei denen die USA aus ersichtlichen Gründen eine Hauptrolle spielen) und von den weiteren Geschehnissen in Afghanistan ab. Um wirklich gültige Aussagen zu treffen, gibt es allzu viele Möglichkeiten, die abzuwägen hier nicht der Ort ist.

Mögliche geopolitische Entwicklungen

Washington bewegt sich im Mittleren Osten und in der Golfregion auf höchst unsicherem Terrain. Wir müssen bedenken, um was es geht - nämlich um die größten Energiereserven der Welt, die sich vor allem in Saudi-Arabien, aber auch in der übrigen Golfregion und, in nicht unbeträchtlichem Maße, in Zentralasien befinden. Afghanistan spielt da keine vordringliche Rolle, ist aber seit Jahren als mögliches Transitland für Pipelines im Gespräch, was den USA bei dem schwierigen Prozeß helfen könnte, die Kontrolle über zentralasiatische Ressourcen zu gewinnen. Im Norden Afghanistans liegen Staaten, die von innerer Gewalt zerrissen werden; Usbekistan ist der wichtigste von ihnen. Das Land kämpft gegen islamische Rebellen und ist von Human Rights Watch wegen Menschenrechtsverletzungen angeprangert worden. Tadschikistan, wo die Situation vergleichbar ist, gilt als Relais für den Drogentransfer nach Europa. Es arbeitet eng mit der Nordallianz zusammen, die einen Großteil der afghanisch-tadschikischen Grenze kontrolliert und eine der Hauptquellen für den Drogenhandel war, bis die Taliban dem Mohnanbau ein Ende setzten. Die Flucht von Afghanen in den Norden könnte zu allen möglichen innenpolitischen Problemen führen. Pakistan, bislang der hauptsächliche Unterstützer der Taliban, ist in seiner Stabilität von einer starken radikal-islamistischen Bewegung bedroht. Die Entwicklung dort ist kaum vorhersehbar und kann gefährlich werden, wenn das Land offensichtlich als Stützpunkt für US-amerikanische Operationen in Afghanistan genutzt wird. Außerdem bereitet die Tatsache, daß Pakistan über Kernwaffen verfügt, berechtigte Kopfschmerzen. Das pakistanische Militär erhofft sich

zwar Hilfe seitens der USA (die bereits versprochen ist), hat aber die recht stürmischen Beziehungen der letzten Jahre nicht vergessen und fürchtet auch ein möglicherweise feindseliges Afghanistan, das sich mit Indien, Pakistans Feind im Osten, verbündet. Die Pakistani sind nicht erfreut darüber, daß die Nordallianz von Tadschiken, Usbeken und anderen afghanischen Minderheiten, die Pakistan feindlich gesonnen sind, angeführt und von Indien, dem Iran und Rußland (und jetzt auch den USA) unterstützt wird.

In der Golfregion herrscht allgemeine Verbitterung über die Nahost-Politik der USA. Bin Ladin wird zwar von vielen abgelehnt, aber insgeheim als »Gewissen des Islam« bezeichnet.¹² Insgeheim, weil die dortigen Regierungen keine Meinungsfreiheit kennen; die Menschen sind auch deshalb verbittert, weil die Vereinigten Staaten die repressiven Regimes unterstützen. Innere Konflikte könnten sich sehr schnell ausweiten, mit unvorhersehbaren Folgen, falls die US-amerikanische Kontrolle über die Energiereserven bedroht wird. Ähnliche Probleme stellen sich in Nordafrika und Südostasien, hier in erster Linie Indonesien. Wenn in die Länder dieser Regionen mehr und mehr Waffen fließen, werden militärische Konflikte wahrscheinlicher; überdies profitieren davon auch Terrororganisationen und Drogenhändler. Die Regierungen wiederum schließen sich Washingtons »Krieg gegen den Terrorismus« an, um, wie Rußland und die Türkei, ihre eigenen terroristischen Kriege führen zu können.

Eine weitere Gefahr stellt der Kaschmir-Konflikt zwischen Indien und Pakistan dar. Indien gibt vor, in Kaschmir den islamischen Terrorismus zu bekämpfen, während Pakistan behauptet, Indien verweigere Kaschmir die Selbstbestimmung und habe dort selbst terroristische

Aktionen größeren Umfangs durchgeführt. Unglücklicherweise sind alle diese Behauptungen grundsätzlich richtig. Um Kaschmir wurden schon diverse Kriege geführt, zuletzt 1999, als beide Staaten bereits über Atomwaffen verfügten. Bis heute konnte das Ganze unter Kontrolle gehalten werden, aber es gibt keine Garantie dafür, daß das auch in Zukunft so sein wird. Die Gefahr eines nuklearen Krieges wächst, wenn die Vereinigten Staaten auf ihrem Raketenabwehrprogramm bestehen. Die Pläne dafür sehen die Unterstützung für den Ausbau von Chinas Nuklearkapazitäten vor, damit China der Militarisierung des Weltraums zustimmt. Indien und Pakistan werden dann versuchen nachzuziehen. Indiens Kernwaffenarsenal wird von dem ehemaligen Leiter des U.S. Strategie Command als »äußerst gefährlich« und eine der größten Gefahrenquellen in der Region bezeichnet.

Außenpolitische Wende in den USA?

Präsident Bushs strikt »unilateralistische Haltung« (besonders deutlich in seiner Weigerung, das Protokoll von Kyoto zur Begrenzung von Schadstoffemissionen zu unterzeichnen) ist nur die Fortsetzung bzw. Ausweitung einer schon vor ihm geübten Praxis. 1993 setzte Clinton die Vereinten Nationen davon in Kenntnis, daß die USA auch weiterhin »multilateral handeln werden, wenn es möglich, aber unilateral, wenn es nötig ist«. Und so verfuhr er dann auch. Diese Haltung wurde von der UN-Botschafterin Madeleine Albright und 1999 von Verteidigungsminister William Cohen bekräftigt, der sogar erklärte, die Vereinigten Staaten seien zum »unilateralen Einsatz militäri-

scher Macht« verpflichtet, um lebenswichtige Interessen zu verteidigen, wozu er »den ungehinderten Zugang zu Schlüsselmärkten, Energievorräten und strategischen Ressourcen« rechnete. De facto fällt darunter alles, was Washington zufolge dem Bereich der eigenen Rechtsprechung subsumiert werden kann. Allerdings ging Bush noch darüber hinaus und löste damit unter den Verbündeten beträchtliche Besorgnis aus. Die augenblickliche Notwendigkeit, ein breites Bündnis herzustellen, wird die unilateralistische Rhetorik abschwächen, jedoch kaum die Politik ändern. Die Mitglieder des Bündnisses sollen die Sache der USA stillschweigend und gehorsam unterstützen, ohne gleichberechtigte Partner zu sein. Das Recht auf eigenständiges Handeln bleibt den Vereinigten Staaten vorbehalten, die es im übrigen sorgsam vermeiden, sich, wie es das Völkerrecht erfordert, an internationale Institutionen zu wenden. Manche Gesten scheinen das Gegenteil zu bekunden, doch fehlt ihnen jegliche Glaubwürdigkeit. Die Regierungen der anderen Staaten werden, wie üblich, das Spiel mitspielen und haben dafür ihre jeweils eigenen Gründe.

Ebensowenig wird es eine neue Palästina-Politik geben, obwohl Außenminister Colin Powell so etwas angekündigt hat. In der *New York Times* dazu zitierte Quellen weisen darauf hin, daß Bush und Powell noch nicht einmal so weit gehen werden wie Clinton mit seinen Vorschlägen von Camp David. Doch auch die waren schon völlig inakzeptabel, wie man sich leicht begreiflich machen kann, wenn man eine Landkarte betrachtet.

Bürgerbewegungen und internationale Politik

Wenn die Bürgerbewegungen in dieser Situation sich mit Kritik und Aktionen zurückhalten, werden sie den Kreislauf der Gewalt nur verstärken und die Wahrscheinlichkeit weiterer Greueltaten, die vielleicht noch schlimmer ausfallen als die Anschläge vom 11. September, erhöhen. Außerdem helfen sie damit den reaktionärsten Gruppen im politisch-ökonomischen Machtsystem, Pläne durchzusetzen, die der Bevölkerung hier und im Ausland großen Schaden zufügen und sogar das Überleben der Menschheit bedrohen können. Wenn sie das Gegenteil erreichen und Freiheit, Menschenrechte und Demokratie befördern wollen, müssen sie ihre Bemühungen, die Hintergründe dieser und anderer Verbrechen aufzudecken, noch verstärken und die gerechte Sache, der sie sich bislang verpflichtet fühlten, energisch weiter betreiben. Sie sollten zuhören, wenn der Bischof der süd mexikanischen Stadt San Cristobal de las Casas, der genug Elend und Unterdrückung gesehen hat, die Nordamerikaner drängt, »darüber nachzudenken, warum sie so verhaßt sind«, nachdem die USA »ihre wirtschaftlichen Interessen mit Gewalt geschützt haben«.¹³

Sicher ist es schmeichelhafter, liberalen Kommentatoren zuzuhören, die uns versichern, daß »sie uns hassen, weil wir für eine »neue Weltordnung« kapitalistischer, individualistischer, säkularisierter und demokratischer Provenienz eintreten, die überall zur Norm werden sollte«.¹⁴ Oder wir folgen Anthony Lewis, der uns glauben machen will, die von den USA in der Vergangenheit betriebene Politik sei nur insoweit von Bedeutung, als sie »die Einstellung der Öffentlichkeit in der arabischen Welt gegenüber den Bestrebungen der Antiterror-Koalition negativ

beeinflußt« habe.¹⁵ Ansonsten, so erklärt er im Brustton der Überzeugung, hat unsere Politik mit den Zielen der Terroristen nichts zu tun. Was sie sagen, ist so nebensächlich, daß man es ignorieren kann. Ebenso können wir die Übereinstimmung zwischen ihren Worten und ihren Taten, die seit zwanzig Jahren terroristischer Aktionen bekannt ist und über die seriöse Journalisten und Wissenschaftler informiert haben, ignorieren. Es ist eben einfach wahr und keines Beweises bedürftig, daß die Terroristen »eine unheilbar sündhafte und ungerechte Welt mit Gewalt verändern wollen« und lediglich für einen »apokalyptischen Nihilismus« stehen (hier zitiert Lewis zustimmend Michael Ignatieff). Die Ziele und Aktionen, zu denen sich die Terroristen bekennen, sind uns ebenso gleichgültig wie die Einstellungen der Bevölkerung in der Golfregion, selbst wenn es sich dabei um pro-amerikanische Kuwaiter handelt. Wir sind an solchen Reaktionen ganz und gar unschuldig.

Solche Vorstellungen sind angenehm, aber nicht besonders klug, wenn es um die Zukunft geht.

Neue Möglichkeiten, immerhin, tun sich auf. Der Schock über die grauenhaften Anschläge hat auch in den intellektuellen Eliten zu einem Umdenkungsprozeß geführt, der noch vor kurzer Zeit nicht vorstellbar gewesen wäre, und das gilt in noch höherem Maße für die breite Öffentlichkeit. Kritik und Dissidenz werden, wie ich aus persönlicher Erfahrung berichten kann, nicht nur in Europa stärker wahrgenommen, sondern finden sogar Eingang in die Mainstream-Medien der Vereinigten Staaten.

Natürlich gibt es auch diejenigen, die stillschweigenden Gehorsam fordern. Das kennen wir von den Ultrarechten, aber in Ansehung der Geschichte müssen wir es auch von einigen Linksintellektuellen erwarten. Aber es

ist wichtig, sich nicht von hysterischen Phrasen und Lügen einschüchtern zu lassen, sondern so weit wie möglich wahrhaftig und aufrichtig zu sein und die Folgen dessen, was man tut oder zu tun unterläßt, zu bedenken. Binsenweisheiten, an die wir uns hin und wieder erinnern sollten.

Darüber hinaus müssen wir uns den spezifischen Problemen zuwenden, um zu wissen, was wir erforschen und wie wir handeln sollen.

Anmerkungen

- 1 John Burns, *New York Times* vom 16. September 2001.
- 2 Douglas Frantz, *New York Times* vom 30. September 2001.
- 3 John Sifton, *New York Times Magazine* vom 30. September 2001.
- 4 Vgl. dazu u. a. Charles Sennott, *Boston Globe* vom 6. Oktober 2001.
- 5 *Boston Globe* vom 27. September 2001, Titelseite.
- 6 Zitate aus der *Financial Times* vom 9. Oktober 2001. Der Bericht beruft sich auf Oxfam, Ärzte ohne Grenzen, Christian Aid, Save the Children Fund und UN-Vertreter.
- 7 *Financial Times* vom 10. Oktober 2001.
- 8 Barry Bearak in der *New York Times* vom 15. Oktober 2001.
- 9 *Guardian* vom 29. September 2001.
- 10 *Christian Science Monitor* vom 28. September 2001.
- 11 So zitiert der *Boston Globe* vom 27. September 2001 einen Beamten des Pentagon, der damit »die Herzen und Köpfe der Menschen gewinnen will«.
- 12 Vgl. *New York Times* vom 5. Oktober 2001, die einen in den USA ausgebildeten Anwalt für internationales Wirtschaftsrecht zitiert.
- 13 Marion Lloyd aus Mexiko City im *Boston Globe* vom 30. September 2001.
- 14 Ronald Steel in der *New York Times* vom 14. September 2001.
- 15 *New York Times* vom 6. Oktober 2001.

Anhang

Außenministerium

Bericht über ausländische Terroristenorganisationen

Freigegeben vom Office of the Coordinator

for Counterterrorism

5. Oktober 2001

Hintergrund

Der Außenminister kennzeichnet ausländische Terroristenorganisationen (*Foreign Terrorist Organizations*, FTOs) in Absprache mit dem Justizminister und dem Finanzminister. Diese Kennzeichnungen erfolgen gemäß dem Gesetz zur Einwanderung und Staatsbürgerschaft und seiner Ergänzung durch das Gesetz zum Antiterrorismus und zur Todesstrafe von 1996. FTO-Kennzeichnungen gelten für einen Zeitraum von zwei Jahren, wonach sie erneuert werden müssen oder automatisch verfallen. Die Neukennzeichnung nach zwei Jahren ist eine positive Maßnahme und stellt eine Entscheidung des Außenministers dar, derzufolge die Organisation weiterhin terroristische Aktivitäten ausführt und den gesetzlich festgelegten Kriterien entspricht.

Im Oktober 1997 stimmte die ehemalige Außenministerin Madeleine K. Albright der Kennzeichnung der ersten 30 Gruppen als ausländische Terroristenorganisationen zu.

Im Oktober 1999 bestätigte Ministerin Albright 27 dieser Kennzeichnungen, ließ jedoch drei Organisationen aus der Liste streichen, weil sie nicht mehr in terroristische Aktivitäten involviert waren und den Kennzeichnungskriterien nicht mehr entsprachen.

Ministerin Albright kennzeichnete 1999 eine neue FTO (al-Qaida) und 2000 eine weitere (die Islamische Bewegung Usbekistans).

Außenminister Colin L. Powell hat 2001 zwei neue FTOs gekennzeichnet (die Wahre IRA und die AUC).

Im Oktober 2001 bestätigte Minister Powell die Kennzeichnung von 26 der 28 FTOs nach dem festgelegten Zeitraum von zwei Jahren und schloß zwei zuvor gekennzeichnete Gruppen (Kahane Chai und Kach) zu einer zusammen.

Gegenwärtige Liste gekennzeichnete ausländischer Terroristenorganisationen (vom 5. Oktober 2001):

1. Organisation Abu Nidal
2. Abu Sayyaf
3. Bewaffnete Islamische Gruppe
4. Aum Shinrikyo (Japan)
5. ETA (Baskenland/Spanien)
6. Gama'a al-Islamiyya (Islamische Gruppe)
7. Hamas (Islamische Widerstandsbewegung)
8. Harakat ul-Mudschahedin
9. Hisbollah (Gottespartei)
10. Islamische Bewegung Usbekistans
11. Al-Dschihad (Ägypten)
12. Kahane Chai (Israel)
13. Kurdische Arbeiterpartei (PKK; Türkei)
14. Tamilische Befreiungsbewegung (Sri Lanka)
15. Organisation Mudschahedin-e Kalq
16. Nationale Befreiungsarmee
17. Palästinensischer islamischer Dschihad
18. Palästinensische Befreiungsfront (PLO)
19. Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)
20. PFLP-Hauptkommando
21. Al-Qaida

22. Wahre IRA (Nordirland)
23. Revolutionäre Bewaffnete Streitkräfte Kolumbiens (FARC)
24. Revolutionäre Zellen (früher ELA)
25. Revolutionäre Organisation 17. November
26. Revolutionäre Volksbefreiungsarmee/-front
27. Leuchtender Pfad (Sendero Luminoso; Peru)
28. Vereinigte Selbstverteidigungsstreitkräfte Kolumbiens

Hinweis:

Beschreibungen dieser FTOs finden sich in »Patterns of Global Terrorism: 2000«.

Rechtliche Kriterien für die Kennzeichnung

1. Die Organisation muß ausländisch sein.
2. Die Organisation muß gemäß der Definition in Abschnitt 212 (a)(3)(B) des Gesetzes zur Einwanderung und Staatsbürgerschaft terroristische Aktivitäten durchführen.* (siehe unten)
3. Die Aktivitäten der Organisation müssen die Sicherheit US-amerikanischer Staatsbürger oder die nationale Sicherheit (Verteidigung, Außenpolitik oder Wirtschaftsinteressen) der Vereinigten Staaten bedrohen.

Folgen der Kennzeichnung

Rechtliche:

1. Eine Person oder ein der Rechtsprechung der Vereinigten Staaten unterstelltes Rechtssubjekt handelt ungesetzlich, wenn diese Person oder dieses Subjekt einer gekennzeichneten FTO Geldmittel oder andere materielle Unterstützung gewährt.
2. Repräsentanten und bestimmten Mitgliedern einer gekennzeichneten FTO können, wenn sie Ausländer sind, Visa verwehrt oder aus den Vereinigten Staaten ausgewiesen werden.
3. US-amerikanische Finanzinstitutionen müssen Kapitalvermögen gekennzeichnete FTOs und ihrer Agenten sperren

und diese Sperrung dem Büro für die Kontrolle ausländischer Geldanlagen (Office of Foreign Assets Control) im US-Finanzministerium mitteilen.

Andere:

1. Verhinderung von Geschenken und Beiträgen an gekennzeichnete Organisationen
2. Erhöhung der öffentlichen Aufmerksamkeit für terroristische Organisationen
3. Mitteilung unserer Besorgnis über gekennzeichnete Organisationen an andere Regierungen
4. Internationale Stigmatisierung und Isolierung gekennzeichnete Organisationen

Das Procedere

Nach einer erschöpfenden Sichtung geheimdienstlicher und anderer Erkenntnisse, in der alle Beweise aus geheimen und öffentlich zugänglichen Quellen für die Aktivitäten einer Gruppe geprüft werden, trifft der Außenminister eine Entscheidung hinsichtlich der Kennzeichnung oder Neukennzeichnung von FTOs. Das Außenministerium verfertigt, in Zusammenarbeit mit dem Justiz- und Finanzministerium und den Geheimdiensten, eine detaillierte »Regierungsvorlage« (*administrative record*), in der die terroristischen Aktivitäten der gekennzeichneten FTO dokumentiert sind. Sieben Tage, bevor eine FTO-Kennzeichnung im Bundesregister veröffentlicht wird, erhält der Kongreß vom Außenministerium diesbezüglich eine geheime Mitteilung.

Den gesetzlichen Bestimmungen zufolge können Kennzeichnungen juristisch überprüft werden. Wird gegen eine Kennzeichnung vor einem Bundesgericht Einspruch erhoben, verläßt sich die US-Regierung auf die Vorlage, um die Entscheidung des Ministers zu verteidigen. Da diese Vorlagen geheimdienstliche Materialien enthalten, sind sie als geheim eingestuft.

FTO-Kennzeichnungen verfallen nach zwei Jahren, sofern sie nicht erneuert werden. Laut Gesetz kann der Außenminister in Absprache mit dem Justiz- und dem Finanzminister jederzeit weitere Gruppen hinzufügen. Der Minister kann auch, wenn er dies für begründet hält, Kennzeichnungen widerrufen, nachdem er den Kongreß davon in Kenntnis gesetzt hat.

* Das Gesetz zur Einwanderung und Staatsbürgerschaft definiert den Begriff »terroristische Aktivität« wie folgt: Terroristisch ist jegliche Aktivität, die hinsichtlich der Gesetze des Ortes, an dem sie ausgeführt wird, ungesetzlich ist (oder die, falls sie in den Vereinigten Staaten ausgeführt wird, hinsichtlich der Gesetze der Vereinigten Staaten oder jedes einzelnen Staates, ungesetzlich wäre) und mindestens eine der folgenden Handlungen einschließt:

(I) Die Entführung oder Sabotage jeglicher Beförderungsmittel (eingeschlossen Flugzeuge, Wasserfahrzeuge oder Landfahrzeuge).

(II) Die Ergreifung oder Festsetzung eines anderen Individuums, verbunden mit der Drohung, dieses Individuum zu töten, zu verletzen oder weiter festzuhalten, mit der Absicht, dadurch eine dritte Person (einschließlich Regierungsorganisationen) zu zwingen, als explizite oder implizite Bedingung für die Freilassung des ergriffenen oder festgesetzten Individuums eine Handlung zu vollziehen oder zu unterlassen.

(III) Ein gewaltsamer Angriff auf eine international geschützte Person (gemäß der Bestimmung in Abschnitt 1116(b)(4) von Titel 18, US-Strafgesetzbuch) oder auf die Freiheit einer solchen Person.

(IV) Ein politischer Mord.

(V) Die Verwendung von jeglichen

- a) biologischen oder chemischen Agentien oder nuklearen Waffen oder Einrichtungen, oder
- b) Explosivstoffen oder Feuerwaffen (außer zum rein persönlichen Gelderwerb), mit der Absicht, die Sicherheit von einem oder mehreren Individuen direkt oder indirekt zu gefährden oder Eigentum substantiell zu beschädigen.

(VI) Die Drohung, der Versuch oder die Verschwörung, eine dieser Handlungen auszuführen.

Der Begriff »eine terroristische Aktivität ausführen« bedeutet, als Individuum oder als Mitglied einer Organisation eine terroristische Handlung auszuführen oder eine Handlung auszuführen, von der der Handelnde weiß oder vernünftigerweise wissen sollte, daß sie einem Individuum, einer Organisation oder einer Regierung materielle Unterstützung bei der Durchführung einer terroristischen Aktivität zu einer beliebigen Zeit gewährt, wobei diese Aktivität zumindest eine der folgenden Handlungen einschließt:

(I) Die Vorbereitung oder Planung einer terroristischen Aktivität.

(II) Das Sammeln von Informationen über mögliche Ziele für eine terroristische Aktivität.

(III) Die Bereitstellung jeglicher Art von materieller Unterstützung, einschließlich einer sicheren Unterkunft, Transport- und Kommunikationsmittel, Vermögen, falsche Dokumente oder Personalpapiere, Waffen, Explosivstoffe oder Ausbildung, für ein Individuum, von dem der Handelnde weiß oder Grund hat, anzunehmen, daß es eine

terroristische Aktivität ausgeführt hat oder eine solche auszuführen plant.

(IV) Das Anwerben von Vermögenswerten oder anderen wertvollen Gegenständen für terroristische Aktivitäten oder eine terroristische Organisation.

(V) Das Anwerben eines Individuums für die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, terroristischen Regierung oder für die Ausführung einer terroristischen Aktivität.

Literaturempfehlungen

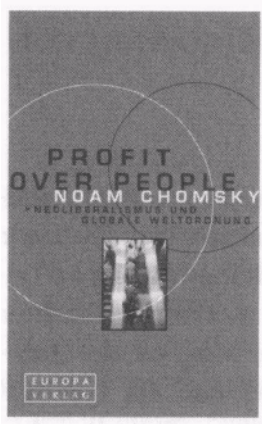
- Noam Chomsky, *A New Generation Draws the Line. Kosovo, East Timor and the Standards of the West*, Verso 2000 (dt.: *People Without Rights. Kosovo, Ost-Timor und der Westen*, ab Frühjahr 2002 im Europa Verlag).
- Noam Chomsky, *Culture of Terrorism*, South End Press 1988.
- Noam Chomsky, *Necessary Illusions*, Stoddart Publishing 1991.
- Noam Chomsky, *Pirates and Emperors*, Claremont Research & Publishing 1986.
- Noam Chomsky & E. S. Herman, *Political Economy of Human Rights*, South End Press 1979.
- John Cooley, *Unboly Wars: Afghanistan, America and International Terrorism*, Pluto Press 1999.
- Alex George (Ed.), *Western State Terrorism*, Polity-Blackwell 1991.
- E. S. Herman, *Real Terror Network*, South End Press 1982.
- E. S. Herman & Noam Chomsky, *Manufacturing Consent*, Pantheon 1998.
- E. S. Herman & Gerry O'Sullivan, *The »Terrorism« Industry*, Pantheon 1990.
- Walter Laqueur, *Age of Terrorism*, Little, Brown and Co. 1987 (dt.: *Terrorismus: die globale Herausforderung*, Ullstein 1987).
- Michael McClintock, *Instruments of Statecraft*, Pantheon 1992.
- Paul Willkinson, *Terrorism and the Liberal State*, NYU Press 1986.

Zum Autor

Noam Chomsky, geboren am 7. Dezember 1928, politischer Aktivist, Sprachtheoretiker und seit 1961 Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT), ist Träger von zehn Ehrendoktorwürden und etlicher anderer hoher Auszeichnungen und Preise, Mitglied der American Academy of Art and Sciences und der National Academy of Science und Autor mehrerer Bestseller über Linguistik, Philosophie und Politik. Zuletzt erschienen auf deutsch »Profit Over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung«, eine alarmierende und vernichtende Kritik an der »Logik des freien Markts«, sowie »War Against People. Menschenrechte und Schurkenstaaten«, eine hochaktuelle und überfällige Analyse der US-Außenpolitik und -Propaganda.

Im Europa Verlag sind weitere Übersetzungen von Werken Noam Chomskys in Vorbereitung.

Chomsky im Europa Verlag



Noam Chomsky Profit Over People

Neoliberalismus und
globale Weltordnung
Broschur, 3-203-76010-X

*Eine alarmierende und vernichtende Kritik
an der »Logik des freien Marktes«*

*»Noam Chomskys Analysen und Argumente
sind einfach bestechend. Ein Pessimist, der
Mut macht.«*

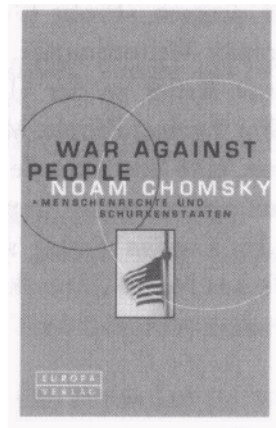
THE GUARDIAN

**Noam Chomsky
War Against People**
Menschenrechte und
Schurkenstaaten
Broschur, 3-203-76011-8

*Schurkenstaaten sind die USA und ihre
Verbündeten, und die Menschenrechte sind
ihr Vorwand, Gegenspieler und Opfer, lautet
die Grundthese dieses brandaktuellen Buchs.*

»Chomsky hat eben einfach Recht.«

MARK TERKESSIDIS



www.europaverlag.de

Standardwerke zur NS-Zeit

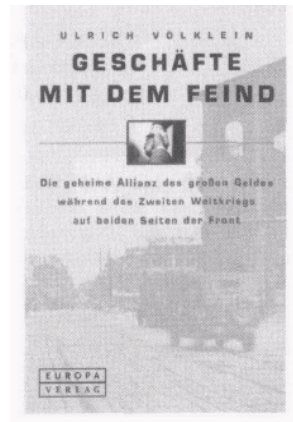


Wolfgang Mönninghoff Die
Enteignung der Juden
Wunder der Wirtschaft -
Erbe der Deutschen
Gebunden, 3-203-80075-6

Die Enteignung von Juden und ihre Ausschaltung aus der Wirtschaft und allen möglichen Ämtern wurde jahrzehntelang verleugnet - aber profitiert wird von der »Arisierung« heute noch. Wolfgang Mönninghoff nennt Täter wie auch Opfer und stellt das Wunder der Wirtschaft und das Erbe der Deutschen in Frage.

Ulrich Völklein
Geschäfte mit dem Feind
Die geheime Allianz des
großen Geldes während des
Zweiten Weltkriegs auf
beiden Seiten der Front
Gebunden, 3-203-83700-5

Erst jetzt hat das Nationalarchiv in Washington bislang gesperrte Bestände über die Kollaboration der Kriegsgewinner freigegeben. Auf Grundlage der Archivalien legt Ulrich Völklein die erste Dokumentation dieses speziellen Kapitels deutsch-amerikanischer Freundschaft vor.



EUROPA
VERLAG
www.europaverlag.de